

Tagebuch 1948

Donnerstag, 1. Januar 1948

Zum Staatsempfang nach Wiesbaden. Sehr schlechtes Arrangement. Wirkungslose Rede von Witte. Er versprach sich mehrmals beim Ablesen, sagte „Volksvertretung“ statt „Volksregierung“. Stock würdevoll.¹ Nachher gratulierte man, statt daß man es vorher getan hätte. Dann wurde uns gesagt, daß es doch Essen in der Staatskanzlei gäbe. Dabei saßen die Minister im eigenen Zimmer; vom Standpunkt der Demokratie aus völlig unmöglich.

Freitag, 2. Januar 1948

In Schlossau. – Auf der Rückfahrt beim Grafen Erbach-Fürstenau noch einmal die ganzen Außenhandelsprobleme durchgesprochen. Er erörterte sehr klar und klug die Unmöglichkeit der Dollar-Basis.

Montag, 5. Januar 1948

Toller Morgen, dauernde Besuche. Mein Jugendwochen-Jüngling² bekommt gleich den richtigen Eindruck. Er ist Jurist, im 2. Semester, intelligent, lernt ersichtlich viel bei dieser ganzen Geschichte.

Mittwoch, 7. Januar 1948

Gießen. Große Rede im Gloria. – Dann zum Bürgermeister [Uhrhan] nach Lich, nette Unterhaltung, guter Kuchen. Abends in Lich über Verwaltungsreform referiert in dem deutsch-amerikanischen Diskutier-Club. Ich habe in einer halben Stunde die ganzen Probleme so erörtert, daß nachher nicht mehr Wesentliches gesagt wurde.³ Kurios, in was man allmählich zur Autorität wird. – Lange Nachtsitzung mit Partei-Mitgliedern. Am anderen Morgen hübsche Fahrt zurück.

¹ StA-DA, O 27 NL Stock 176: Manuskripte der Reden von Stock und Witte. In Wittes Redemanuskript ist die von B. angesprochene Passage („Volksregierung“ oder „Volksvertretung“) nicht enthalten.

² Wohl der später erwähnte Student Rudolph; vgl. Eintragung 22. 1. 1948.

³ StA-DA, H I RP Liste 21/19: „Ausführungen des Herrn Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bergsträsser über Verwaltungsreform anlässlich eines deutsch-amerikanischen Diskussions-Abends in Lich“, 7. 1. 1948.

Donnerstag, 8. Januar 1948

Abends Neu-Isenburg, Kammerkonzert zur Eröffnung des Volksbildungsvereins. Ich sprach vor Beginn 10 Minuten. Friedrich fand, ich hätte nie so gut gesprochen.

Freitag, 9. Januar 1948

Scharf mit Dr. Kammer wegen Übertragung der höheren Schulen.⁴ Wir sind ganz einig. Nachmittags gibt mir Friedrich seine sehr gute Denkschrift.⁴ In Nauheim (10.1.) beschließen wir, über die Fraktion den Übergang der höheren Schulen ans Ministerium zu verhindern zu versuchen. Eben, wo ich dies diktieren (Dienstag morgen 13.1.) kommt Kammer: der Minister bleibt dabei. Wir haben gesagt, wir könnten die Beamten nicht abgeben ohne Befehl des Innenministers, und Kammer erzählt von dem zuständigen Amtmann der sagte, sie hätten keinen Platz, Beamte und Akten unterzubringen, und es werde ein Chaos ausbrechen. Ich sehe es mit Behagen kommen. – Langes Gespräch mit Mommsen über bizonesische und andere Fragen. Am Sonntagnachmittag wieder. Es diente sehr dazu, meine Gedanken über Bizonen und die bizonenische Reform zu klären. Das beste hat eigentlich die „New York Herald Tribune“ in einem Wort gesagt: „Ersatzstaat“. Es mag richtig sein, daß man heute noch nicht direkt wählen kann, aber ich habe mit voller Absicht in Gießen in meiner Rede bemerkt, daß die Parteien nicht nur etwas Trennendes, sondern auch Bindendes sind, und das würde gerade für diesen Fall sehr stark zu treffen, weil die Parteien, wenn sie sich geeinigt haben, auf die Länderministerien einwirken. Richtig der Ersatz des Exekutiv-Komitees durch eine Ländervertretung.⁵

Samstag, 10. Januar 1948

Morgens Bad Nauheim. Besprechung der drei Regierungspräsidenten mit Uebel. Ich erklärte mich entschieden gegen die Unterstellung von Frankfurt direkt unter die Ministerien, weil das wieder der Wasserkopf-Bildung

⁴ Mat. Bergsträsser: Friedrich an Viehweg, 8.1.1948 „Gedanken der Einheitschule“.

⁵ Nach der ergebnislos verlaufenen 5. Außenministerkonferenz der vier Mächte in London (vgl. Anm. 108/1947) hatten die beiden Militärgouverneure Clay und Robertson auf einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Bizone und bizonalen Vertretern am 7./8. 1. 1948 eine Reform der Zweizonenverwaltung angekündigt. Neben der Verdopplung der Abgeordneten im Wirtschaftsrat (von 52 auf 104) sollte eine Zweite Kammer, ein Länderrat aus je zwei Vertretern je Land, den bisherigen Exekutivrat ersetzen. Der Länderrat der Bizone konstituierte sich am 23.2.1948. Vgl. Akten Vorgesch. BRD 4, S.26 und die entsprechenden Dokumente.

Vorschub leiste. Hoch war in diesem Fall zu einem Kompromiß bereit, mußte aber zugeben, daß es dann schwierig sei, die anderen Städte, wie Wiesbaden und Kassel, anders zu behandeln. Wir erklärten uns alle sehr scharf gegen das Aufgeben der Mittelinstanz. Uebel selbst ist jetzt auch davon überzeugt, daß sie bleiben muß, entgegen seiner früheren Meinung. Ich sprach Hoch gegenüber auch energisch gegen die Kommunalisierung. Wir besprachen noch die Frage der Versorgung der nicht wieder gewählten Landräte.⁶ Ich bemerkte, man müsse die 1945 eingesetzten wie Beamte behandeln. Nur in meinem Bezirk haben die Landräte Dekrete, in den übrigen nicht. Heilige Ordnung. – In Assenheim vorbeigefahren bei Irmi.⁷ Nachmittags in Frankfurt mit Bammel die Quellen besprochen.⁸

[Abends in Arheilgen] auf dem Presseball. Sehr beschwingtes Kabarett von Dang und einem sehr begabten Ansager. Dann wirklich gemütliches Zusammensein. Stock wieder ganz der behagliche, freundliche Mensch. Ich mit etlichen Amerikanern gesprochen. Die Presseleute von Wiesbaden waren herübergekommen. Auch sonst vielerlei Leute. Sehr gemischt, nicht nur begüterte. Die Stadt war nicht vertreten, was ich skandalös finde. Ich wäre hingegangen, da der Ministerpräsident hinging, auch wenn ich innerlich absolut dagegen gewesen wäre. Das ist eine Frage des Taktes und der Disziplin. Daß die Stadt vorher von ihrem Entschluß, den sie schon einmal gefaßt hatte, nicht hinzugehen, weder mich noch den Ministerpräsidenten informiert hatte, ist toll. Ich sagte es auch deutlich.

Montag, 12. Januar 1948

Professor Rosenthal aus Eilenburg, der wegen medizinischer Sachen hier ist, sprach mit mir über die russische Zone. Nach seinen Äußerungen ist dort allgemein der Eindruck entstanden, daß die Westzone den Osten abgeschrieben habe. Natürlich russische Propaganda. Ich argumentierte ihm aufs schärfste, dort das Gegenteil zu betonen unter Nennung meines Namens. Wir verabredeten auch Einleitung eines Professoren-Austausches zu

⁶ Nach § 11 der Kreisordnung vom 24. I. 1946 (GVbl 1946, S. 101) waren die Landräte Beamte bzw. (§ 14 Kreistagswahlgesetz, GVbl 1946, S. 73) Beamte auf Zeit. Mit dem Auslaufen der Amtszeit der 1946 gewählten Landräte zum 30. 6. 1948 ergaben sich versorgungsrechtliche Probleme. Vgl. „Vorlage des Staatsministeriums betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Landräte“, 22. 5. 1948, in: LT-Drucks. I, Nr. 788. Danach sollten Landräte, die sich vor Ablauf der Wahlzeit schriftlich um Wiederwahl beworben hatten, aber nicht wiedergewählt wurden, Ruhegehalt nach den allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften erhalten. Endgültiger Text in: GVbl 1948, S. 97.

⁷ B.s zweite Tochter Irmgard.

⁸ Für die vorgesehene Publikation anläßlich der 100-Jahrfeier der Paulskirchenversammlung.

Vorträgen. Er schildert die dortigen Verhältnisse als tragbar, Ernährung der hiesigen gleich. Unsicherheit der Personen bestritt er nicht, bezog sie aber fast ausschließlich auf Leute, die den Russen gegenüber Untragbares taten. In der SED, der er übrigens als früherer SPD-Mann angehört, sei eine ziemlich antirussische Stimmung. Die Russen verstünden unsere Verhältnisse nicht. Es sei schwer, ihnen Zusammenhänge klarzumachen, doch sei es auch möglich, sie zur Einsicht zu bringen.

Mit Schmidt 48er Sachen beredet. Gräßliche Unklarheit über den Schriftstellerkongreß. Entweder macht man ihn sozialistisch oder allgemein. Zwischending gibt es da nicht.⁹ Ich weigerte mich, mit Ausländern Fühlung zu nehmen, ehe das geklärt ist. – Frl. Janke wegen der Reportage, die der Rundfunk über die Jugendwoche machen will. Es wird also doch bekannt, und das ist gut. Nur die Schulbonzen ziehen nicht. Angeborener Stumpsinn.

Dienstag, 13. Januar 1948

Fraktionssitzung.

Mittwoch, 14. Januar 1948

Morgens Plenum¹⁰, dazwischen Frankfurter Studenten wegen Begründung eines Diskussionsabends. Dr. Nassauer wird es machen, ich werde die Einleitung geben. Die Studenten hörten interessiert dann zu. – Mittag gegessen mit Stover von I[nformation]-C[ontrol]-D[ivision]. Vielerlei Presse-dinge mit ihm besprochen. Sie lassen für demokratische Zwecke Papier aus Amerika kommen für 4 Millionen Dollar. Vernünftig. Zeitungen sollen größer werden. Ich betonte, daß der Landtag ohne das unwirksam sei. – Nachmittags Kulturpolitischer Ausschuß. Merkwürdig, wie wenig die Leute die finanzielle und Verwaltungsseite begreifen.¹¹ – Dazwischen Professor Hawgood, für Samstag verabredet. – Dazwischen Frowein vom Wirtschaftsministerium. Die Aussichten für das Patentamt sind sehr gut. Der Plan mit dem alten Gewerbemuseum wird überall als richtig angese-

⁹ Im Gegensatz zu dem rein sozialistischen I. Schriftstellerkongreß vom Herbst 1947 (vgl. gesonderte Eintragung 25./26.9.1947) verzichtete der nachfolgende Kongreß am 19.5.1948 auf die einseitige politische Festlegung; vgl. unten.

¹⁰ 30. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 968 ff.

¹¹ Beschlußprotokoll in UB-MR, NL Bergsträsser 10. B. gab im Namen der SPD-Fraktion die Erklärung ab, daß seine Partei mit der Verwaltung der höheren Schulen durch das Kultusministerium nicht einverstanden sei.

hen. Meine persönliche Idee. Die Stadtverwaltung aber war lahm.¹² – Abends Rede in Limburg, überfüllter Saal als Wirkung des Diskussionsabends. Nachher nettes Zusammensein mit Kaffee und Kuchen. Morgens Bohnenkaffee.

Donnerstag, 15. Januar 1948

Plenarsitzung. Regierungserklärung, Stock nicht scharf genug, da ihm die staatlichen und verwaltungsrechtlichen Kenntnisse fehlen. Ausgezeichnete Rede von Bleek, schlechte von Metzger, im ganzen schlechte Regie. Witte wieder einmal ganz unzulänglich.¹³ Der Mangel an geeigneten Personen wird immer stärker.

Freitag, 16. Januar 1948

Mayer von den Gewerkschaften. Da ich in Wiesbaden von Streikabsichten in Frankfurt, Hanau etc. gehört hatte, wollte ich mich unterrichten. Mayer sagte, sie hätten die Arbeiter noch in der Hand und sie verträten ihnen gegenüber den Standpunkt, daß Streiks gar nichts nutzen. Er stimmte mit mir auch über den Egoismus vieler Betriebsräte überein.¹⁴ – Mommsen berichtete vom Länderrat, u.a. daß Stock über die Beteiligung der Länder bei der Bizonesien-Verwaltung genau das gesagt hatte, was wir beide besprochen und ich Stock suggeriert.¹⁵ – Mit Raupp die Planungen der Stadt Darmstadt besprochen. Ich werde mir jetzt alle Genehmigungen vorlegen lassen. Die Stadt tut, als existierten wir nicht, und hat windige Wolkenkuckucksheime im Kopf. Der Plan, Mathildenhöhe und Rosenhöhe durch eine große Esplanade mit Grünflächen zu verbinden und zu diesem Zweck einige reparierbare Häuser und ein völlig bewohntes Haus zu sprengen, ist in der heutigen Zeit wahnsinnig. Auch der Plan des Hochhauses Ecke Neckar- und Rheinstraße auf dem Gelände der Vereinigten

¹² Für die Unterbringung des neu zu errichtenden Patentamts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, das evt. nach Darmstadt kommen sollte, waren neben dem ehem. Gewerbemuseum an der Neckarstraße, einem der wenigen unzerstörten Verwaltungsbauten in der Stadt, freiwerdende Blocks der als Internierungslager genutzten Reiterkaserne im Gespräch. Vgl. Akten Vorgesch. BRD 4, S.782; dazu Eintragung 15.6.1948 mit Anm.110/1948.

¹³ 31.Sitzung: LT-Drucks.III, S.985; Erklärung Stocks und Aussprache zur Frankfurter Konferenz vom 7./8.1.1948 und zur Neuorganisation der Bizone.

¹⁴ Wegen der mangelhaften Ernährungslage kam es im Januar 1948 zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen. Die Proteste richteten sich auch gegen die Tatsache, daß ein Betriebsrätegesetz immer noch nicht verabschiedet war. Vgl. Anne Weiß-Hartmann, Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945–1949, Marburg ³1978, S.234.

¹⁵ Stocks Äußerung, wohl vor dem Länderrat in Stuttgart im Zusammenhang mit der bizonalen Neuordnung, nicht ermittelt.

Gesellschaft ist für mich wegen des Schutzes des Mollerbaues undiskutabel. Ich hatte über dieselben Sachen Dienstag, den 20., abends ein langes Telefongespräch mit Metzger, wobei eines seiner Argumente war, daß man nicht eine Seite eines Platzes mit einem runden Abschluß machen könnte, wenn die anderen eckig wären. Ich wies auf den Palais des Prinzen Alexander neben der Hauptpost am Luisenplatz hin. Er schien es nicht zu kennen, obwohl er 200 m davon geboren ist. Die Menschen haben Augen und sehen nicht. Überdies ist die Frage, ob das „Echo“ nach einer Währungsreform überhaupt Geld für solche Bauvorhaben hat. Ich zweifle.

Samstag, 17. Januar 1948

Nachmittags Professor Hawgood aus Birmingham. 48er Sachen besprochen.¹⁶ Er erwähnte, daß in den letzten Jahren das Interesse an der deutschen Sprache bei den Studenten sehr zurückgegangen sei, aber jetzt wieder steige. Genau dasselbe hatte mir kürzlich ein Amerikaner von seinem Land erzählt.

Montag, 19. Januar 1948

Minister Kunze aus Potsdam besuchte mich und erzählte allerlei Interessantes. Die Ostzonenverhältnisse spitzen sich doch bedenklich zu, aus der dortigen Perspektive gesehen. Ich betonte ihm gegenüber wieder, was ich schon Rosenthal gesagt hatte, daß wir die Ostzone nicht aufgeben wollen und werden. – Nachmittags Wiesbaden, Kulturausschuß: über Verwaltungsreform in bezug auf die höheren Schulen. Die Bezirksdirektorenidee, die man im Kultusministerium ausgeheckt hat, ist eine typische Kulturqualle.¹⁷ Der Justitiar des Ministeriums [Allstaedt] stimmte mir und Friedrich durchaus zu. Die anderen schwatzten und verstehen von Verwaltungsdingen so viel wie tote Katzen. – Vorher Gespräch mit Holl wegen des hiesigen Theaters. Ich betonte sehr scharf, daß die diktatorischen Manieren Wiesbadens für die Mitglieder des Theaterausschusses – ich spräche dabei auch für Dr. von Brentano – gänzlich untragbar seien und nicht mitgemacht würden.¹⁸

¹⁶ Hawgood sollte einen Aufsatz für den von B. herausgegebenen Sammelband zum Paulskirchenjubiläum schreiben.

¹⁷ Mit Erlaß vom 14. I. 1948 über die „Bildung von Bezirken der Höheren Schulen“ (Amtsblatt Kultusminister 1948, S. 7) sah vor, daß die Direktoren der höheren Schulen in jedem der neuzubildenden 17 Bezirke als ständigen Vertreter gegenüber dem Kultusministerium, dem die höheren Schulen jetzt unmittelbar unterstellt waren, einen Obmann wählen sollten.

¹⁸ Der im Frühjahr 1947 eingesetzte Theaterausschuß aus Vertretern von Stadt und Land wurde nach der Entlassung von Jockisch mit der Frage des neuen Inten-

Dienstag, 20. Januar 1948

Nachmittags Duderstadt. Langes Gespräch über die Wirtschaftsorganisation. Er sprach sich dahin aus, man solle zwar Ablieferungen verlangen, aber das, was nach der Ablieferungsquote bleibt, dem freien Markt übergeben, und war erstaunt, wie ich ihm sagte, das sei die Neue Politik, die Lenin 1922 durchführte.¹⁹ Der Vorschlag ist durchaus diskutabel. Ferner sagte er, mit Beispielen belegt, daß der Handel sehr viel Ware horte. In Grünberg ein Fall, wo ein Mann 1000 m Stoff von ihm bezog, der dann als nicht gemeldet von den Prüfungen festgestellt wurde, und wo der Händler dann zu ihm kam und ihn bat, doch zu beschleunigen, daß der Stoff noch in seinem Eigentum stehe. Er habe ihn hinausgeworfen. Sie lieferten jeden Monat 8000 m, und er habe noch niemand in einem daraus hergestellten Anzug gesehen. Ich ermahnte ihn sehr, an den Sitzungen des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Hessischen Handelskammern teilzunehmen und überhaupt mehr ins öffentliche Leben zu gehen. Unternehmer seien etwas anderes wie Syndikusse. Es sei Pflicht und Interesse zugleich, das zu tun. Er sah es ein und sagte, von diesem Gesichtspunkt aus habe er es noch nie gesehen. Er sieht immer über den engsten Kreis hinaus, weswegen mir die Unterhaltung fruchtbar ist.

Mittwoch, 21. Januar 1948

Oberstaatsanwalt Tomforde stellt sich vor. Ganz der Stil eines alten Beamten, was sich schon in der Tatsache seines Besuches zeigt. – Strahnger berichtet über den Verlauf der Protestversammlung der Straßenbahnfahrer. Ich hatte vorher mit einem anderen der Direktoren telefoniert und machte darauf aufmerksam, daß man den Regierungspräsidenten über solche Dinge orientieren müsse. Sie hatten von 12 bis 2 Uhr einen Proteststreik gemacht wegen zu scharfer Urteile bei Verkehrsunfällen. Kein Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und Ernährungslage.²⁰

danten erst befaßt, nachdem Landesregierung und Stadtverwaltung in direktem Kontakt bereits eine Vorentscheidung für Dr. Skraup getroffen hatten; vgl. Eintragung 26. 1. 1948 mit Anm. 22/1948.

¹⁹ Nach der am 15. 3. 1921 – nicht 1922 – beschlossenen „Neuen Ökonomischen Politik“, hatten die Bauern anstelle der Pflichtablieferung eine erheblich niedrigere Naturalsteuer zu entrichten und konnten über die verbleibenden Überschüsse frei verfügen.

²⁰ „Darmstädter Echo“ 22. 1. 1948 (Straßenbahner keine Verbrecher). Das Fahrpersonal der Straßenbahn war aus Protest gegen drei Gefängnisurteile, die wegen Verkehrsunfällen gegen Mitarbeiter der HEAG verhängt worden waren, in einen zweistündigen Streik getreten. Direktor Strahnger hatte an den Protestveranstaltungen teilgenommen.

Donnerstag, 22. Januar 1948

Janke berichtet über Boys' Week. Der Vorschlag von Rudolph, studio[sus], der bei mir eine Woche war, eine Broschüre mit Berichten herauszugeben, scheint mir gut. Ich bespreche es mit Friedrich.

Freitag, 23. Januar 1948

Nachmittags Unterhaltung mit Grund. Ich sage ihm gründlich, daß ich seine fantastischen Sachen nicht mitmache. Wie ich auch der Stadt gesagt habe, kann man keine Bauprojekte machen, nach denen in der heutigen Zeit Häuser, die entweder heil oder reparierbar seien, niedergerissen würden.

Samstag, 24. Januar 1948

Nachmittags in Salzhausen. Landrat Moosdorf hatte einige vierzig Leute eingeladen zu Kaffee, Kuchen und Apfelwein. Ich unterhielt mich vier Stunden sehr angelegentlich mit einem großen Teil von diesen Herren und auch mit der einzigen Dame, der Leiterin der Aufbauschule in Nidda [Else Niebler]. Der Schulleiter aus Büdingen sagte mir, daß die „Boys' Week“ dort sehr gut eingeschlagen habe. Ein Fabrikant [Jonen] aus Büdingen machte den bemerkenswert ulkigen Vorschlag, man solle verbieten, daß Arbeiter außerhalb ihres Kreises arbeiten. Er hat eine Akkufabrik und sucht Leute, beschäftigt viel Flüchtlinge. Auf was für Gedanken kommen so Fabrikanten! Fürst Stolberg war auch da, wohnt jetzt im Kreis. Der katholische Geistliche sagte, es gäbe schon sehr viel Mischehen mit Sudeten-deutschen. Nur etwa $\frac{1}{3}$ gingen katholisch aus. Konfessionelle Gegensätze mit der evangelischen Kirche hätten sie nicht. Sie benützten für die Gottesdienste durchweg die evangelischen Kirchen, da eigene Räume nicht zu beschaffen sind. Man schien von der Veranstaltung allgemein befriedigt, und ich will sie jetzt auch an anderen Orten machen. Es ist notwendig, daß die Leute mit den leitenden Regierungsbeamten sprechen können.

Sonntag, 25. Januar 1948

In Nauheim. Frau Schäfer klagte, daß sie vom Wirtschaftsamt keine Kohlenzuweisungen bekomme und daß der Caritas-Verband Hotels aufkaufe. Ich habe daraufhin am folgenden Mittwoch mit dem Dezernenten des Finanzministeriums für die Staatsbäder [Paehler] und mit dem Dezernenten des Wirtschaftsministeriums, Direktor Grützbach (App. 59441), die Dinge durchgesprochen, auch die Wohnungsfragen in bezug auf den Fremdenverkehr. Beide waren sehr dankbar für mein Interesse. Es gibt schon eine Verordnung, daß Pensionen und Hotels Kohlen bekommen sollen. Das

scheint nur die blöde Stadtverwaltung in Nauheim nicht zu wissen oder zu sabotieren. Ich habe Grützbach und den Mann vom Ministerium der Finanzen veranlaßt, einmal zusammen hinzufahren und die Sache mit der Stadtverwaltung etwas energisch zu besprechen.

Montag, 26. Januar 1948

Direkt auf den Sandplacken zur Zusammenkunft von sozialdemokratischen Beamten in Schlüsselstellungen. Guter Vortrag von Koch, geisterhaft falsche Vorschläge von Brill, schlechte Diskussion. Ich kam nicht mehr dazu, gegen Brill, der die Aufhebung vieler Teile der Zwangswirtschaft forderte²¹, geltend zu machen, was ich am Abend vorher in Nauheim in einem Gespräch mit einem Saarbrückener gelernt hatte, nämlich die Schraube ohne Ende: Steigen der Preise und Steigen der Löhne. – Abends Theaterausschuß, wo ich und Brentano Dr. Holl gründlich und offenbar wirkungsvoll die Meinung sagten über das Verfahren, uns nicht rechtzeitig zu informieren.²²

Dienstag, 27. Januar 1948

Fraktionssitzung. Man brummte mir die Rede über das Republiksschutzgesetz auf²³, das ich noch nicht einmal gelesen hatte. Ich ließ mich von Ministerialrat Mayer auch noch informieren, machte am nächsten Morgen auf der Rückfahrt die Rede und wurde allgemein von der Fraktion beglückwünscht, auch von solchen, die sonst in diesen Dingen kühl sind. Nun werde ich die ganze Sache im Rechtsausschuß machen müssen. Fluch der weisen Tat. – Abends Vortrag im Deutsch-Amerikanischen Club: „Warum sind die Deutschen so unpolitisch?“²⁴ An der geschichtlichen Entwicklung bewiesen. Sehr lange Diskussion hinterher. Vorher dort wunderbar Kaffee getrunken und Brötchen gegessen. Ich hatte um den Kaffee gebeten. Nachher noch lange Unterhaltung mit amerikanischen Herren.

²¹ Brill hatte für diese Sitzung eine „Entschließung zur Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft“ vorgelegt; vgl. StA-DA, O 27 NL Stock 318.

²² Vgl. bereits Anm. 18/1948; dazu die ungewöhnlich scharf formulierten Beschwerdebriefe B.s und Brentanos an Kultusminister Stein vom 6. und 11. 2. 1948, in: HStA, 504/828 und 504/56.

²³ Korrekt: Staatsschutzgesetz; vgl. LT-Drucks. I, Nr. 592: „Vorlage des Staatsministeriums, Staatsschutzgesetz, Ausführung Art. 147 bis 149 hessische Verfassung“. In den Beratungen wurde der Titel in „Gesetz zum Schutz der demokratischen Freiheit“ umgeändert. Nach Gründung der Bundesrepublik hielt der Landtag ein Ländergesetz für überflüssig und stellte den Entwurf zurück.

²⁴ Manuskript in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

Mittwoch, 28. Januar 1948

Plenarsitzung, nachmittags Rechtsausschuß.²⁵ – Abends in Mainz. Diskussion über politische Neutralität als Sicherheit. Dann sehr nett bei dem Volkshochschulleiter Rudolf mit Dr. Rückert, Frau Schwamb etc. zusammen.

Donnerstag, 29. Januar 1948

Morgens Hauptausschuß, wo wir den Hessischen Löwen und seine heraldische Entwicklung viel belachten.²⁶ Langes Gespräch mit Weydling über klerikale Einflüsse im Kultusministerium. – Nachmittags angenehm enttäuscht, daß nicht sehr viel im Amt los gewesen war. Dazwischen die ganzen bizonalen Verfassungsprobleme mit Wagner und Apel durchgesprochen, Vorbereitung auf den Koordinierungsausschuß in Hannover am Samstag. Es ist sehr seltsam, daß die Amerikaner jetzt ganz auf die Zentralisierungsseite kommen und auch die Finanzhoheit der Bizone sehr stärken wollen, die doch die zukünftige deutsche Verfassung selbstverständlich präjudiziert. Die Vorschläge enthielten geradezu die Kompetenz-Kompetenz für die Finanzen.²⁷

Freitag, 30. Januar 1948

Abends Vortrag über 48 und Gegenwart im Kerckhoff-Institut Nauheim. Vorher bei Professor Schaefer zum Essen, nachher zum Tee. Sehr angeregte Unterhaltung über Probleme des Bades Nauheim und Ernährungsprobleme, zu denen Professor Schaefer im Auftrag der Amerikaner Untersuchungen machen soll. Sie sollen offenbar dazu dienen, daß Clay die Beweise bekommt, es müßten mehr Nahrungsmittel her, um die Bevölkerung arbeitsfähig zu halten.

²⁵ 32. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1007 ff. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die erste Lesung des Staatsschutzgesetzes, der dem Rechtsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen wurde. Beschluß-Protokoll des Rechtsausschusses vom 28. 1. 1948 in: AHLT.

²⁶ Beschluß-Protokoll in: AHLT.

²⁷ Clay hatte am 7. 1. eine Länderunionbank als Zentralbank für die Bizone vorgeschlagen. Akten Vorgesch. BRD 4, S. 133 (Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der bizonalen Verwaltungen in Frankfurt, 7. 1. 1948). Am 1. 3. 1948 wurde dann die Bank deutscher Länder gegründet. Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 89.

Samstag, 31. Januar 1948

Nach Hannover gefahren, Koordinierungsausschuß der Partei. Im wesentlichen über Besetzung der neuen Stellen im Wirtschaftsrat. Die Parteileitung sagt sehr vernünftig, daß man nicht verdiente alte Parteigenossen brauche, sondern Leute, die etwas leisten. Unser Vorschlag, Dr. Arndt und Altwein, wurde gebilligt; der Vorstand selbst wollte Arndt. Wir suchen nun noch eine Frau, aber wir können sie bisher nicht finden.²⁸ Der Mangel an Menschen ist entsetzlich. Ganz interessante Unterhaltungen mit verschiedenen Leuten aus anderen Gegenden. Es ist immer gut, Anregungen zu bekommen. Hübsche Hinfahrt, verschlafene Rückfahrt.

Sonntag, 1. Februar 1948

Nachmittags Referat Mitgliederversammlung Wiesbaden über Deutschlandpolitik der vier Großmächte. Einige Schwätzer konnten es sich nicht verkneifen, in der Diskussion Volksreden zu halten, die ihre Denkfähigkeit zeigten. – Abends in Erbach behaglich en famille.

Donnerstag, 5. Februar 1948

Große zweistündige Besprechung über Flüchtlingsfragen in der Militärregierung. Rose wegen Krankheit nicht da. Ein Herr Williams von OMGUS. Geschickt fragend. Die Übersetzerin unzulänglich, so daß ich vielfach eingriff. Sie übersetzte gerade das nicht, was wir der Militärregierung an Wünschen und Ausstellungen vortrugen, wie das so häufig vorkommt.

Freitag, 6. Februar 1948

Fräulein von Eckhardt fragte mich nach Verschiedenem aus, auch nach der Niemöller-Sache.²⁹ Ich gab ihr die Erklärung, er verstoße erstens gegen die Verfassung und zweitens gegen die Gerechtigkeit und drittens gegen ein Gesetz. – Mit Stöcker gesprochen wegen einer Veranstaltung der Partei für die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder aus Behörden.

²⁸ Die Anzahl der Mitglieder im Wirtschaftsrat wurde verdoppelt; vgl. bereits Anm. 5/1948. Von der hessischen SPD wurden schließlich Arndt, Altwein und Strahnger als zusätzliche Mitglieder bestimmt. Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 94.

²⁹ In einem „Wort an die Gemeinden“ zum 1.2.1948 ging Niemöller äußerst scharf mit der Entnazifizierungspraxis ins Gericht; die Kanzelverkündigung gipfelte in der Aufforderung: „Wir müssen deshalb den Pfarrherrn unserer Kirche um ihres Amtes und um unserer Gemeinden Willen verbieten, dies Ärgernis mitzuverantworten“. Text in: HStA, 501/825.

Ich bin bereit zu sprechen, aber erst nach Dienstschluß, sonst könnte jede Partei während der Dienstzeit Versammlungen abhalten. Maschinenfabrik Frank, die demontiert werden soll. Wir sagten unsere guten Dienste zu. Walk verwies ihm sehr hübsch, vom Interesse der Arbeiter ausschließlich zu sprechen, die ja heutzutage als Facharbeiter überall unterkämen. – Ahl über bizonesische Bauvorhaben.

Montag, 9. Februar 1948

Dr. Koch wegen Unterbringung geschlechtskranker Ami-Liebchen. – Dann Bürgermeister [Haas] und Beigeordnete aus Falken-Gesäß. Ihnen hat die Hebamme wütend gekündigt, weil ihr ein Zimmer beschlagnahmt wurde. Sie fanden eine andere, und nun will die erste wieder Dienst tun. Amüsant!

Dienstag, 10. Februar 1948

Fraktionssitzung. Kaleidoskopisch.

Mittwoch, 11. Februar 1948

Plenum ohne besondere Bedeutung. Ich komme um eine Rede über Schutzmittel gegen Geschlechtskrankheiten und um eine Rede zum Fall Dietz.³⁰ Beides ohne Bedauern. Dafür esse ich sehr hübsch mit Lloyd und unterhalte mich mit den Leuten von der Inneren Verwaltung bei der Militärregierung, die allgemein sagten, ich solle doch öfters kommen. Schloss fragt nach der Verwaltungsreform. Ich erkläre sie für Unsinn vor dem Jahr 1950. – Abends Rechtsausschuß im Hinterzimmer der Kantine der Staatskanzlei. Im Vorderzimmer sitzen Abgeordnete beim Wein. Wie ich durchging, lud mich Freidhof ein, der schon eine Spitze hatte, und wir hielten den anderen alemannische Reden. Große Gaudi. Vorher bei Nina B[ergsträsser]. Ich benutze sie als Kanal zu Taylor.

³⁰ Dietz wurde vorgeworfen, er habe seine Stellung als Leiter des Landesernährungsamtes dazu benutzt, um seiner Firma Gebr. Dietz und der Import-Handelsgesellschaft, an der er mit 25% beteiligt war, Vorteile zu verschaffen. Dietz war deshalb seit Dezember 1947 beurlaubt. Der im Februar 1949 eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß kam in seinem Abschlußbericht zu dem Ergebnis, daß die Anschuldigungen ungerechtfertigt waren (LT-Drucks. II, Nr. 625). Der Landtag behandelte in der Sitzung vom 11.2. außerdem einen Antrag der SPD, der den Innenminister aufforderte, umgehend Schutzmittel herzustellen und bei der Militärregierung wegen der Lieferung von Rohstoffen vorstellig zu werden; LT-Drucks. I, Nr. 626.

Donnerstag, 12. Februar 1948

Rechtsausschuß. Richterwahlgesetz.³¹ Selbert erklärt mich für einen ausgezeichneten Juristen. Beim Mittagessen spricht mich Dr. Stein an. Ungeheuer liebenswürdig. Ursache wahrscheinlich, das am selben Morgen im Kulturpolitischen Ausschuß, den ich des Rechtsausschusses wegen hatte schwänzen müssen, beschlossen worden war, daß alle Privatschulen keinen Schulgeldausfallersatz bekommen sollen. Ich nehme an, er meint, wenn ich da gewesen wäre, wäre das nicht passiert. Er sagt, daß er Holl noch einmal scharf zurückgewiesen habe. Er habe Gisela zum Dozenten in Jugenheim ernannt auf Widerruf, was er lachend betonte. Er dankte für den Brief über Kammer³², gab mir recht in bezug auf die Prüfung in Staatsbürgerkunde. – Morgens bei Doring gefrühstückt. Über die Zurechtmachung meines Tagebuches gesprochen. Er will mir einzelne Vorschläge machen. Ich war selbst erstaunt, wie interessant das Tagebuch ist. Nur zu wenig Zeit, es richtig zu lesen.

Freitag, 13. Februar 1948

Fräulein von Eckhardt mit ihrem Chef. Lange, sehr nette Unterhaltung. Er spricht gut deutsch, machte mir Komplimente über meinen Vortrag im Club. – Frau Georgi als Abgesandte, Heidelberger Europa-Unionistin, wegen Frankreich-Politik. Ich will demnächst einmal hinüberfahren.

Samstag, 14. Februar 1948

In Gießen. Langweilige Sitzung der Landräte meines Bezirks. Abends in Grünberg bei Duderstadt [und] Böttcher. Bis tief in die Nacht geplaudert und besprochen. Wirtschaftsfragen, Bewirtschaftungsfragen, Hortung. Es ist immer interessant und lehrreich für mich, mit einem Mann des Wirtschaftslebens zu sprechen, der über seinen Zaun und seine persönlichen Interessen hinaussieht. – In Gießen wurde zuletzt die Verwaltungsdenkschrift der Kabinettskommission besprochen. Mehrere Landräte sagten, daß darüber große Aufregung herrschte (Kreis Lauterbach, Kreis Dieburg, die zerschlagen werden sollen), und man einigte sich auf eine ableh-

³¹ Beschlußprotokoll in: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Behandelt wurde der „Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels Nr. 127 der Hessischen Verfassung (Richterwahlgesetz)“; LT-Drucks. I, Nr. 566. Nach Art. 127 hatte der Justizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß über vorläufige Anstellung und Berufung auf Lebenszeit zu entscheiden. Zum Fortgang vgl. Eintragung 28.7.1948 mit Anm. 142/1948.

³² B.s Brief über Kammer nicht ermittelt.

nende EntschlieÙung.³³ Brill bringt es fertig, daß ein hessischer Partikularismus gegen die Preußen groß wird. Das politische Ungeschick dieses gescheiterten Mannes ist grotesk.

Sonntag, 15. Februar 1948

Rede in Watzenborn. In der Diskussion trat der dortige Pfarrer [Gontrum] auf und erklärte, er habe die Niemöllersche Kanzelverkündigung³⁴ nicht verlesen, da sie seinem Gewissen widerspräche. Inzwischen habe ich den Brief von Lilje gelesen, der taktvoll und fein ist.³⁵ Auf Niemöller scheint doch der Witz zu passen, daß sein Buch statt „Vom U-Boot auf die Kanzel“ besser den Titel hätte „Mit dem U-Boot auf die Kanzel“.³⁶

Montag, 16. Februar 1948

Friedrich mit seinen Kollegen aus Kassel und Wiesbaden. Alle gleichgestimmt über den Unsinn im Kultusministerium, wo die guten Schulmeister nicht verwalten können und Dr. Stein zu sprunghaft ist. Beschlossen, Hoch zu veranlassen, einen Bericht an den Innenminister als Organisationsminister zu machen. – Parnicke über die Molkerei-Genossenschaft und ihre Belieferung.

³³ Der Abschlußbericht der Brill-Kommission in: Die Verwaltungsreform in Hessen, hrsg. von der Kabinetts-Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform, Bd. 1, Wiesbaden 1947, S. 9–41. Der Bericht empfahl, die Landkreise Dieburg und Lauterbach aufzulösen. Der Kreis Dieburg sollte unter den Kreisen Erbach, Darmstadt und Offenbach aufgeteilt, Lauterbach und Alsfeld zum Vogelsbergkreis mit Alsfeld als Kreisstadt zusammengelegt werden; für den wiederholt erörterten Zusammenschluß des heutigen Vogelsbergkreises bereits Eintragung 17. 5. 1946.

³⁴ Vgl. Anm. 29/1948.

³⁵ Mat. Bergsträsser: „Offener Brief des Landesbischofs D. Dr. Hanns Lilje D.D. an die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags“, 12. 2. 1948, verbreitet vom Christlichen Nachrichtendienst (CND). Trotz Kritik an der Entnazifizierung hielt Lilje im Gegensatz zu Niemöller an der Fortführung der Entnazifizierung fest, plädierte aber gleichzeitig für die Möglichkeit der Bewährung: „Wenn keine Straftat und keine nachweisbare verwerfliche Handlung oder Haltung vorliegen, muß der Grundsatz großzügiger Amnestie gelten [...]. Alle Glieder unserer Kirche aber, die bei der Ausführung der Entnazifizierung zu verantwortlicher Mitarbeit berufen sind, ermahnen wir um der Verantwortung vor Gott und der Liebe zu unserem schwerleidenden Volke willen, mit größter ethischer Entschlossenheit, in völliger innerer Unabhängigkeit und aus dem festen Willen zu einer klareren und besseren Zukunft heraus zu handeln.“

³⁶ Martin Niemöller, Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934.

Dienstag, 17. Februar 1948

Vormittags Fraktion. Vielerlei kleine Sachen. Stimmung gegen Kultusministerium ziemlich scharf. Klagen über mangelnde Zusammenarbeit zwischen Regierungsmitgliedern und Fraktion. – Dazwischen bei Militärregierung und Finanzministerium. Hübscher Rückweg von der Dietenmühle zu Fuß.

Mittwoch, 18. Februar 1948

Knöpp über Etat des Staatsarchivs. Es scheinen die meisten Akten des Archivs aus dem 19. Jahrhundert verbrannt zu sein.

Donnerstag, 19. Februar 1948

Mit Fräulein Haase besprochen, daß sie die Broschüre über „Boys' Week“ schreibt. D'Hooghe wird sie verlegen.³⁷ – Wagner, der hier dienstlich zu tun hatte. Lange, nette Unterredung. Gemeinsames Mittagessen bei Schwarz. – Abends Rede über die SPD, Volkshochschule Roßdorf. Dadurch kam ich um die Parteiversammlung, in der der Vorstand neu gewählt wurde. Am nächsten Tag erzählte man mir, daß Metzger sehr ungeschickt gegen Stöcker operiert hatte und große Niederlage erlitt. Stöcker kam dann selbst, erzählte mir die Sache und machte mir Liebeserklärungen. Kurios.

Freitag, 20. Februar 1948

Dr. Erdsiek über die Planungsstelle. Ich tat sehr skeptisch. Walk hat die Sache so gedreht, daß wir hier selbständig bleiben.

Samstag, 21. Februar 1948

Ministerialrat Hoffmann wegen des Beschlusses im Ausschuß über die Privatschulen. Ich hatte in den Rechtsausschuß gehen müssen, und nun soll ich es einrenken. Am 24. habe ich das Kompromiß mit Spangenberg besprochen.³⁸ – Abends Trautheim, Einladung der Studentenschaft der allgemeinen Abteilung. Unterredungen über Hochschuldinge mit Muß, Viweg. Ich lancierte bei dem Asta-Vorsitzenden Dibelius die „Boys' Week“.

³⁷ Nicht erschienen.

³⁸ Der Kulturpolitische Ausschuß hatte am 12.2.1948 beschlossen, daß Privatschulen grundsätzlich keinen Ersatz für Schulgeldausfall erhalten sollten; Beschluß-Protokoll in: AHLT; dazu Eintragung 12.2.1948. Zum Fortgang Anm. 104/1948.

Montag, 23. Februar 1948

Etliche Geburtstagsgratulanten. Nachmittags zu Hause, abends Gäste.

Dienstag, 24. Februar 1948

Morgens Fraktion, dann mit Newman in Friedberg, für den Ministerpräsidenten geredet. Abends Deutsch-Amerikanischer Club. Edith Jäger sang und machte dann eine Geburtstagsgratulation für mich und Euler in sehr reizender Form.

Mittwoch, 25. Februar 1948

Morgens Ministerpräsident fährt vorbei, um mir zu gratulieren. In der Zeitung sehr hübscher Artikel von Reinowski.³⁹ – Ministerialdirigent Augustin vom Finanzministerium über Gemeindefinanzen, Grundsteuer etc. Dann über die Arbeit der Ministerien allgemein. Rasche Verständigung. Wir sagten allerdings, daß wir zeitweise nicht dazugekommen wären, die nötigen Kontrollen auszuüben.

Donnerstag, 26. Februar 1948

Wiesbaden. Rechtsausschuß, langweilig.⁴⁰

Freitag, 27. Februar 1948

Minister Kirnberger klagt, daß er keine Richter habe für das Verwaltungsgericht. Wir kommen überein, daß er mir einen Antrag zurechtmacht für den Landtag, daß auch pensionierte richterliche Beamte Richter am Verwaltungsgericht sein können, sonst ist der Mangel an Menschen nicht zu überwinden. – 17 Uhr Rede über Beamtenfragen vor den Betriebsratsmitgliedern im HEAG-Haus. Man war zufrieden, ich weniger. Stöcker jetzt mir sehr geneigt.

Samstag, 28. Februar 1948

Frankfurt a.M. Trostlos langweiliger Parteitag. Ich spreche mit viel Leuten, auch mit Ahl. Brill geht für drei Monate in Krankheitsurlaub, hat Absicht, dann Bizonesse zu werden.⁴¹ Ich sage Ahl, er solle sich den Staatsse-

³⁹ „Darmstädter Echo“ 24.2.1948 (Ludwig Bergsträsser 65 Jahre alt).

⁴⁰ Beschluß-Protokoll in: AHLT.

⁴¹ Brill blieb bis zum Juni 1949 Staatssekretär. Nachfolger wurde der Friedberger Landrat Bach.

ekretär nicht entgehen lassen. Daß er keinen Ehrgeiz hat, weiß ich, aber es ist sachlich notwendig. Nachmittags zu Bett, Reisebeschreibungen gelesen ... Sonntag (29.2.) auch. [...]

Dienstag, 2. März 1948

Intendant Dr. Skraup stellt sich vor. – Verwaltungsgerichtspräsident Müller wegen der Besetzung der Richterstellen. Ein neuer Gesetzentwurf über Hilfsrichter liegt im Kabinett. Deswegen eigener Antrag von mir überflüssig.⁴² – Nachmittags Heidelberg bei Europa-Union. Ich hatte gedacht, es sei eine Besprechung mit wenigen, es waren aber an die 20 Leute. Ich mußte ein Referat geben. Daran schloß sich eine lange wohlgemeinte, dilettantische Diskussion. Gute Ausführungen von Walz und dem Studentenvertreter über die Auslandsarbeit des Asta-Amtes. Es ist seltsam, daß alle Pazifisten unklar und illusionistisch sind. – Abends Vortrag in Mannheim, wobei mir gesagt wurde, daß der Vortrag, wenn er nicht im Rahmen der Volkshochschule gewesen wäre, wahrscheinlich viel besser besucht gewesen wäre. – Dann bei Koehlers, Gespräch mit dem Sohn [Helmut] über Berufswahl.

Mittwoch, 3. März 1948

Dr. Rasp. Vereinigung Bibliothek TH und Landesbibliothek. Entspricht jetzt auch der Auffassung der TH. Ministerium hat eine Verfügung erlassen, daß das erst im neuen Etatsjahr geschehen soll. Die muß aufgehoben werden. Am nächsten Tag spreche ich im Ministerium vor. Der Referent [Cremer] ist natürlich nicht da, aber seine Sekretärin nimmt es auf.⁴³ – Rektor Mesmer spricht mit mir wegen der Professoren-Ernennungen. Die Sache ist völlig unhaltbar. Wir kriegen auf diesem Weg niemanden. Überreicht mir gute Denkschrift der Rektoren.⁴⁴ – Greiner (Ministerialrat), frü-

⁴² LT-Drucks. I, Nr. 711: „Vorlage des Staatsministeriums betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Bestellung von Hilfsrichtern bei den Verwaltungsgerichten“. Die bei ordentlichen Gerichten bestehende Möglichkeit, Hilfsrichter zu beschäftigen, verwehrt das Verwaltungsgerichtsgesetz den Verwaltungsgerichten. Auf einer Tagung der Verwaltungsgerichtspräsidenten in der amerikanischen Zone wurde am 12.9.1947 beschlossen, den Kabinetten die Rekrutierung von Hilfsrichtern vorzuschlagen, um den personellen Engpaß bei den Verwaltungsgerichten zu beseitigen. Das Gesetz wurde im Juni 1948 verabschiedet (GVbl 1948, S. 74).

⁴³ Die Vereinigung zur Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt wurde am 16.7.1948 vollzogen.

⁴⁴ Wohl eine Gegenvorstellung der Rektoren zum Kabinettsbeschluß vom 3.12.1947, der die Entscheidung über die Dreivorschläge für Lehrstuhlbesetzungen dem Kabinett vorbehielt; Kultusminister Stein hatte die Rektoren auf einer Konferenz am 27.1.1948 in Wiesbaden zu diesem Protest ermuntert. Protokoll der

herer Kollege im Reichsarchiv, kommt. Er hat das Kriegstagebuch der Obersten Heeresleitung 3½ Jahre geführt, erzählt ungemein interessant über den Aufenthalt im Führerhauptquartier. Auch nachher bei Tisch; will publizieren. Ich will das Werk in meine Memoiren-Bibliothek aufnehmen. Am nächsten Tag alles mit Drott erledigt. Er kann 100000 drucken.⁴⁵ – Dr. Kammer erzählt Grausiges von der Unordnung im Kultusministerium. Er ist derselben Meinung wie ich, daß Viehweg völlig unzulänglich ist. Viehweg hat dem Minister aufgeschwatzt, die Lietzchen Landheime in die Schulgeldfreiheit einzubeziehen, obwohl der Minister in einer Ausschußsitzung sich selbst von selbst sehr dagegen geäußert hat. So kann man nicht Politik machen. Deutlicher Beweis, daß Fachmann mit Politik unvereinbar ist. Die Leute haben alle keine Ahnung von parlamentarischem System.

Donnerstag, 4. März 1948

[...] Dann kurz Fraktion, Artikel 37, Betriebsrätegesetz. Langweilig. Richter tönt.⁴⁶ Dazwischen allerlei erledigt. Nachmittags noch einmal bei Greiner. Seine fertige Ausarbeitung ist zu militaristisch. – In Frankfurt Sitzung Hochschule für Politik.⁴⁷ Nachher noch Gespräch mit Hallstein über Professoren-Ernennung und über die theologischen Fakultäten in Frankfurt, die ich, auf Fraktionsbeschluß hinweisend, strikt ablehne.⁴⁸ Ich soll noch

Rektorenkonferenz in: HStA, 504/374. Vgl. Marianne Viefhaus, Anatomie eines Neubeginns. Dokumente zur Geschichte der TH Darmstadt 1945–1949, in: Jahrbuch 1973. Technische Hochschule Darmstadt, S. 31–88, hier S. 71.

⁴⁵ Greiner hatte zuvor mit B. Kontakt aufgenommen und ihm das Vorhaben unterbreitet. Mat. Bergsträsser: Greiner an B., 22. 2. 1948. 1948. Zum Fortgang des Publikationsprojekts Eintragungen 4., 11. und 23. 3. 1948 mit Anm. 65/1948.

⁴⁶ In den Gewerkschaften wuchs die Unzufriedenheit über die Verzögerung des Betriebsrätegesetzes. Eine Funktionärskonferenz in Frankfurt hatte im Februar mit Streikmaßnahmen gedroht, wenn das Gesetz nicht bis zum 1. 4. verabschiedet werde. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 359.

⁴⁷ HStA, 502/505: 3. Sitzung des Ausschusses zur Errichtung einer Hochschule für Politik in Frankfurt, 4. 3. 1948. Die Beratungen zur Gründung einer Hochschule für Politik kamen ins Stocken, da zunächst die hessische Landesregierung mit Kabinettsbeschluß vom 12. 4. 1948, dann auch die Stadt Frankfurt die finanziellen Zusagen (in Höhe von je 350000 RM jährlich) zurückzogen; Mat. Bergsträsser: Hallstein an B., 8. 6. 1948. Endgültig aufgegeben wurde das Vorhaben Anfang 1950, nachdem die Hochschule für Politik in Berlin gegründet und auch in Hessen zum 1. 4. 1949 drei Politik-Lehrstühle eingerichtet worden waren, die allerdings noch nicht besetzt waren; vgl. HStA, 502/505: Stein an Stock, 4. 1. 1950, „betr. Errichtung einer Hochschule für Politik“.

⁴⁸ Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 10: Rektor Univ. Frankfurt an Kultusminister, 31. 1. 1948, „betr. Antrag auf Errichtung einer evangelisch- und einer katholisch-theologischen Fakultät“ (in Abschrift an B.).

einmal mit ihm sprechen. Ich sagte, es werde keinen Erfolg haben. – Rückfahrt mit Hoffmann. Langes und angenehmes Gespräch über kultusministerielle Angelegenheiten. Ich teile nach wie vor die ablehnende Haltung der Fraktion nicht. Man muß eben nur entschieden sagen, was man nicht will, dann kann man mit ihm arbeiten. Er ist zu klug, um Dummheiten zu machen, und in der Verwaltung erfahren genug, daß die Sachen laufen.

Freitag, den 5. März 1948

Dengler berichtet über ministeriellen Erlaß betreffend seine Kasse. Sie soll in Kassel zentralisiert werden, obwohl dadurch die Verbindungen mit Rheinhessen zerreißen.⁴⁹ Typische Wiesbadener Zentralisierungswut. Der Referent Berger kennt unsere Verhältnisse nicht; der Minister übersieht die Dinge nicht. Ich habe ihn sofort zum Minister geschickt. Daß man ihn bei der Sache nicht gefragt hat, obwohl er Landtagsabgeordneter ist, ist bezeichnend. – Mommsen berichtet vom Länderrat. Der Stuttgarter Länderrat soll offenbar doch bleiben, aber seine Tagungen in Frankfurt abhalten, was für Minister und Clay bequemer ist.⁵⁰

Mittags in Frankfurt im Stadthistorischen Museum, Bilder für 48 herausgesucht. Weinberger hat alles gerettet, ganz entgegen dem widerlichen Öhler, der alles verbrennen ließ. Nettes Essen in der „Insel“. Kurzer Besuch in St. Leonhard, Verwunderung des Boy-Mädchens, daß ich etwas von Kunst verstehe. Bei Holzinger wegen Zeichnungen von Steinle. Bei Fraenkel. Lange, nicht ganz sachliche Kritik der Verhältnisse. Viel über Unregelmäßigkeiten und Bestechlichkeiten der Verwaltung. Ob das für Frankfurt wirklich stimmt, kann ich nicht beurteilen.

Sonntag, 7. März 1948

Vormittags bei den Jungsozialisten über Problem zukünftiger deutscher Verfassung. Kleine, sehr aufmerksame Hörschaft. Die Notwendigkeit, den jungen Leuten die nötigen Kenntnisse in sachlicher, klarer und ansprechender Form zu übermitteln, wurde wieder deutlich. Sie waren sehr

⁴⁹ Landrat Dengler war seit Sommer 1946 mit der Neuorganisation und Leitung der Beamtenversorgungskasse des Landes Hessen (früher: Versicherungsanstalt für gemeindliche Beamte) betraut. Er wurde am 1.7.1948 erneut Landrat in Heppenheim; vgl. Eintragung 21.7.1948.

⁵⁰ Nach der Reform der bizonalen Behörden war zwangsläufig die Auflösung des Stuttgarter Länderrats zu erwarten; so etwa die Meldung im ‚Darmstädter Echo‘ 4.3.1948 (Länderrat in Stuttgart wird aufgelöst). Dies geschah offiziell erst im September 1949, obwohl die Amerikaner bereits zum 30.6.1948 ihr Verbindungsbüro (Regional Government Coordinating Office) in Stuttgart abgezogen hatten. Die Länderminister waren im Oktober 1948 zu ihrer letzten Sitzung zusammengekommen.

dankbar. – Nachmittags Einweihung Rathaus-Neubau Bischofsheim. Von Graf sehr gut organisiert. Allgemeine Mahnrede von mir. Nachher Zusammensein mit der Gemeindeverwaltung etc. Graf sehr angenehm und taktvoll. Dornheim, den sich Stock als Mitarbeiter geholt hat, taktlos und dumm. Es ist idiotisch, wenn man als Regierungspräsident auftritt und von eigenen Leuten als „Genosse“ angeredet wird. Ich habe es nachher Stock gesagt, der eingreifen will, da er gleicher Meinung ist. Beim Kaffeetrinken nette Unterhaltung mit einem Amerikaner.

Montag, 8. März 1948

Bürgermeister [Bernardus] von Hausen wegen einer Apotheke. Eigentlicher Grund ist, daß ein Lederfabrikant sein Geld anlegen und seiner Frau, die Apothekerin ist, eine Ausweichstelle schaffen will, wenn sie schlechte Geschäfte machen. Das machen wir nicht mit.

Dienstag, 9. März 1948

Fraktionssitzung. Ellenlang und undiszipliniert. Es wird allmählich so, daß jedes Mal, wenn ich zu einem Gegenstand in der Fraktion spreche, der auf der Tagesordnung steht, ein Teil der Fraktion will, daß ich auch im Plenum spreche, da ich einer der wenigen Redner bin, die immer absolut das Ohr des Hauses haben.

Mittwoch, 10. März 1948

Langweilige Sitzung des Plenums, wo ich immer da sein mußte, weil man nie wußte, welcher Punkt der Tagesordnung nun genommen wird, und ich zu einigen Punkten reden sollte. Es ging aber ohnedem.⁵¹

Donnerstag, 11. März 1948

Hielt ich dafür drei Reden. Erstens als zweiter Redner zum Etat. Eigentlich wollte ich nicht, da mir Heisswolf nur drei Minuten gelassen hatte, aber die Fraktion verlangte es stürmisch. Ich sprach über Finanzausgleich und sehr scharf gegen die Ministerialbürokratie. Starker Beifall auch von der CDU, nachher von Brentano persönlich. Dann gab ich den Bericht über das Richterwahlgesetz, auf den Ton gestimmt, daß es ein Weg zur lebendigen Demokratie sei, wieder gegen Bürokratie, aber auch gegen die Kommunisten. Ich machte diese allgemeinen Ausführungen, weil der Freitod von Masaryk sehr viel Stimmung ausgelöst hatte und man gerade schon sich unter den Regierungsparteien die Abgabe einer Erklärung

⁵¹ 34. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1086 ff.

überlegte. Meine Rede war die Einleitung dazu. Großer Applaus. Glückwünsche der Fraktion.⁵² Dazwischen dann die Resolution mit Brentano aus drei Entwürfen unserer Fraktion zusammengekocht.⁵³ Kurze, wirkungsvolle Sätze. Knothe trug sie in unserem Auftrag vor und machte es gut. Nachher noch mein Antrag Schiedsgericht beim Landesernährungsamt aufzuheben.⁵⁴ Ohne daß ich Schritte getan hatte, stimmten Becker von der LDP und auch Kanka von der CDU zu, da sie ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Geht an den Rechtsausschuß und also in Ordnung.

Abends bei Greiner wegen Herausgabe seines Materials über den Wehrmachtsführungsstab. Sehr bedeutsam. Drott leckt sich die Finger. Weiteres Material für die Bibliothek zeitgenössischer Memoiren in Sicht. – Mit dem Etat-Referenten des Kultusministeriums für Hochschulfragen lange gesprochen. Er hat keine Ahnung, wie man so etwas mit einem Landtag verhandelt, und ich gab ihm, väterlich erklärend, allerlei Tips.

Montag, 15. März 1948

Ahl wieder da. Mit Just über Verhältnisse in Groß-Gerau gesprochen. Es scheint doch nicht so einseitig zu sein, wie die CDU meint; z. T. offenbar noch Nachwirkungen des Hammannismus.⁵⁵ – Gemeindevertreter von Gustavsburg. Sie wollen mit Ginsheim Ehescheidung und sind sehr nobel. Ahl fährt hin, aber ich fürchte, daß er trotzdem nichts erreicht. Gustavsburg hat 95% des Gewerbesteueraufkommens, und die Ginsheimer haben bisher davon gelebt.⁵⁶ – Bürgermeister Graf aus Bischofsheim brachte allerlei, auch den Beschluß wegen Trennung von Mainz, der natürlich augenblicklich sehr inopportun ist. Der Oberbürgermeister [Kraus]

⁵² 35. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1137 ff; B. sprach zunächst zum Etat (S. 1151), dann als Berichterstatter des Rechtsausschusses (S. 1158) und zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages, das Schiedsgericht beim Landesernährungsamt aufzuheben (S. 1182; vgl. LT-Drucks. I, Nr. 670).

⁵³ Die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei im Februar veranlaßte CDU und SPD zu einer Erklärung über die „Ereignisse im Osten“; ebd. S. 1164: „All die Ereignisse, die sich in der letzten Zeit im Osten abgespielt haben, müssen jeden wirklichen Demokraten mit Besorgnis erfüllen und aufs tiefste erschüttern. Ihnen ist eines gemeinsam: die Menschenrechte, für deren Wiederherstellung in Europa eine Welt gegen Hitler zu den Waffen griff, werden heute dort durch brutalen Terror vernichtet...“.

⁵⁴ Antrag in: LT-Drucks. I, Nr. 670, wurde nach kurzer Beratung zurückgestellt.

⁵⁵ Anspielung auf den im Oktober 1945 entlassenen kommunistischen Landrat von Groß-Gerau, Wilhelm Hammann.

⁵⁶ Ginsheim-Gustavsburg war 1930 zur Stadt Mainz gekommen. Da die Doppel-Gemeinde östlich des Rheins lag, blieb sie bei Hessen und wurde am 19.10.1945 wieder selbständig.

von Mainz hat schon grantig geschrieben, und ich habe ihm geantwortet, daß ich Beschlüsse nicht verhindern könne.⁵⁷

Dienstag, 16. März 1948

Raupp mit allerlei Baumenschen über das Baulenkungsgesetz⁵⁸, da Minister Zinnkann darüber eine Besprechung machen will. – Nachmittags um 3 bei Col. Rose. – Angebot der Schweizer für Ausstattung eines Tuberkulosenheimes, aber wir finden wahrscheinlich keinen Bau.

Mittwoch, 17. März 1948

Abends in Pfungstadt. Vor etwa 40 Funktionären über Probleme der zukünftigen deutschen Verfassung. Sie paßten sehr gut auf, fragten nachher einiges, und der Vorsitzende sagte sowohl offiziell wie mir privatim nachher, daß ich erstaunlich faßbar gesprochen hätte.

Donnerstag, 18. März 1948

König holt mich aus wegen Truman-Rede. Vergl. DENA oder „Darmstädter Echo“, wo es erscheinen wird.⁵⁹

⁵⁷ Am 27. 2. 1948 faßte der Gemeinderat von Bischofsheim einen einstimmigen Beschluß gegen eine Wiedervereinigung mit der Stadt Mainz, zu der man von 1930 bis 1945 gehört hatte; Beschluß im Gemeindearchiv. Der entsprechende Schriftwechsel B.s mit dem Mainzer Oberbürgermeister Kraus nicht ermittelt; vgl. aber: StA-DA, O 27 NL Stock 8: Kraus an Stock, 4. 6. 1948, „betr.: Rechtsrheinische Stadtteile der Stadt Mainz“, mit einer Denkschrift zur Wiedervereinigung, in der eine Rückführung der ehemaligen Vororte Kastel (mit Amöneburg), Kostheim, Gustavsburg, Ginsheim und Bischofsheim gefordert wird.

⁵⁸ Das Gesetz zur Lenkung des bauwirtschaftlichen Einsatzes (Baulenkungsgesetz) vom 29. 7. 1947 (GVbl 1947, S. 60) legte u. a. fest, daß über die Bezirksstelle für Bauwirtschaft alle Baustoffe zu beziehen waren und die Herkunft von Baumaterial nachgewiesen werden mußte. Das Gesetz ermächtigte die Bezirksstellen, Baustoffe, die ohne Bezugsberechtigung verwandt werden sollten, zu beschlagnahmen.

⁵⁹ B.s Stellungnahme zur Rede Trumans vor dem Kongreß am 17. 3. 1948, in der der Präsident u. a. die schnelle Verabschiedung des europäischen Wiederaufbauprogramms forderte, ist nicht im „Darmstädter Echo“ erschienen, u. a. aber in der „Marburger Presse“ 22. 3. 1948 (Deutsche Politiker zur Truman-Rede). B. wertete die Rede Trumans als „deutliche Warnung der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion mit der Absicht, die europäischen Staaten, die dem Zugriff der Sowjetunion ausgesetzt seien“, zu stärken; für Deutschland bedeutete diese Abwehrstellung der Vereinigten Staaten insofern nur eine „vorläufige Lösung, als der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der vier Zonen noch erfolgen müsse“.

Freitag, 19. März 1948

Interessanter Besuch von Dr. Hennemann, Rechtsanwalt in Halle, führendes Mitglied der dortigen CDU, dem es gelang, seiner Verhaftung durch die GPU zu entgehen, und zwar nur dadurch, daß seine Wohnung zwei Ein- und Ausgänge hat. Seine Frau war auch verhaftet, er hat aber jetzt Nachricht, daß sie nicht mehr verhaftet ist. Er will seine Familie aus Halle herausziehen, um dann sprechen zu können. Er gehörte zum Kaiser-Flügel der CDU, sagte übrigens, daß Lemmer wohl nicht standhalten werde. Tatsächlich sei die Partei eben gleichgeschaltet, und er habe das schon damals nicht mitmachen wollen und deswegen schon die Stelle eines Staatssekretärs abgelehnt. Er war Landtagsabgeordneter. Interessant war mir, daß er von den Verhältnissen des anderen Sachsen nichts wußte.

Samstag/Sonntag, 20./21. März 1948

Vormittags in Wiesbaden. Lange Besprechung mit dem Innenminister [Zinnkann]. Anwesend: Coßmann und Berger, über Mittelinstanz. Der Innenminister ist grundsätzlich für Beibehaltung der Regierungspräsidenten und dafür, daß ihnen die Kommunalaufgaben in Personalunion übertragen werden wie früher den Provinzdirektoren in Hessen.⁶⁰ Coßmann ist gleicher Meinung aus Grundsätzen der Staatsautorität. Meine in derselben Linie gehenden Ausführungen, die durchaus dem entsprechen, was ich vor der Brill-Kommission und in Lich sagte, fielen auf vortrefflichen Boden.⁶¹ Nur Berger kommt von den Ideen falsch verstandener Demokratie nicht los. Ich sagte dann dem Minister noch persönlich, er solle als Organisationsminister dafür sorgen, daß die Regierungspräsidenten nicht auf kaltem Wege von den einzelnen Ministern abgemurkst würden. – Etliche Tage später erzählte mir Assessor Schmitt, daß man im Innenministerium meinen Bericht an den Befreiungsminister betr. Instruktion für die Betreuungsstellen⁶² erfreut zu einer Auseinandersetzung mit dem Befreiungsminister aufgegriffen und sich über meinen boshaften Ton weidlich amüsiert habe.

⁶⁰ Vgl. zu dieser Unterredung auch StA-DA, H 1 RP Liste 21/19: Vermerk B.s vom 23.3.1948 über die Besprechung am 20.3.1948 bei Minister Zinnkann über Verwaltungsreform. Die Provinzialdirektoren im Großherzogtum Hessen (später Volksstaat) besaßen eng begrenzte Selbstverwaltungsbefugnisse im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt. Vgl. die Einleitung von Eckhart G. Franz zu: Historisches Ortsverzeichnis für das Gebiet des ehem. Großherzogtums und Volksstaats Hessen, mit einem Nachweis der Kreis- und Gebietszugehörigkeit von 1820 bis zu den Veränderungen im Zuge der kommunalen Gebietsreform, bearb. von Hans Georg Rupel unter Mitwirkung von Karin Müller, Darmstadt 1976, S.19.

⁶¹ Zu B.s Äußerungen vor der Brill-Kommission vgl. Eintragung 7.5.1947 mit Anm.22/1947. Zur Rede in Lich vgl. Eintragung 7.1.1948 mit Anm.3/1948.

⁶² Vgl. Anm. 135/1947.

Nachmittags in Viernheim die Kunstausstellung eröffnet. Vorher sehr nett beim Bürgermeister [Neff] gegessen. – Dann nach Koblenz gefahren, pünktlich angekommen, 48er Vortrag gehalten.

Nachts nach Grünberg, dort übernachtet. Morgens weiter nach Kassel, in einer großen Veranstaltung der SPD 48er Ansprache gehalten.⁶³ Begeisterter Beifall. Sehr hübsch mit Hoch im Kameradschaftsheim oben am Berg gegessen. – Zurück nach Neuwied, teils schlafend, teils lesend, teils Gegend beguckend. Vortrag gleich Koblenz. Abends mit Reichensperger gegessen.

Montag, 22. März 1948

Entzückende Fahrt über Ems, Nassau nach Wiesbaden. Den französischen Aufsichtsbeamten beschwätzte ich elegant. Er ist aus Toulouse, und ich schwärmte ihm von seiner Heimat vor; so kontrollierte er nicht, was der 6 Flaschen Wein wegen und auch wegen eines Instrumentes etc. wichtig war. – Fraktionssitzung. Abends noch bei Greiner.

Dienstag, 23. März 1948

Landtag. Der KPD-Müller sprach widerlich über Freiheit. Ich wollte eingreifen, was durch ein Versehen der Fraktion nicht gelang. Dann sprach Fisch über Recht, ebenso unsympathisch. Ich teilte mich mit unserem Fischer in die Redezeit von 10 Minuten und hielt gegen die Kommunisten eine Rede über die Verdrehung der Begriffe. Ungeheurer Beifall der drei anderen Fraktionen.⁶⁴ Meine waren begeistert und die anderen auch, und ich hatte draußen eine halbe Stunde lang Gratulationscour einschl. Hilpert, Bleek, die sich noch abends und Mittwoch morgens fortsetzte. Dann sprach ich noch über Schulfragen. – Nachmittags nochmals bei Greiner. Heute ist der Abschluß des Vertrages erfolgt. Er machte uns auf anderes

⁶³ Die Rede B.s ausführlich in ‚Hessische Nachrichten‘ 23.3.1948 (Revolutionsfeier der SPD).

⁶⁴ 36. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1213; B. wandte sich unmittelbar an Müller: „Gehen Sie einmal hinüber in die Ostzone und sehen Sie es sich an, was dort mit den Leuten geschieht, die nicht zur SED gehören! Immer wieder kommen Menschen zu uns herüber, die drüben verfolgt werden, die bespitzelt worden sind. Und eines abends kommt dann die GPU ins Haus; sie müssen fliehen, um sich überhaupt das Leben zu sichern ... Wir kennen diese Fälle. Wir wissen auch, wie es in der Tschechoslowakei gegangen ist. Wir kennen alle diese Pressionen, und wir grenzen uns gerade deswegen dagegen ab, weil wir wissen, daß Freiheit und Recht die Grundlagen jedes Staates sind, auch die persönliche Freiheit.“

Material aufmerksam, und unsere Bibliothek zeitgenössischer Memoiren scheint gut ins Rollen zu kommen.⁶⁵

Mittwoch, 24. März 1948

Morgens im Plenum. Beratung des Betriebsrätegesetzes.⁶⁶ Ich schwänzte, ging erst zur I.C.D., besprach mit Mr. Stover die Frage der Mitteilungsblätter der Landräte, mit einem anderen Herrn die Fragen, wie man die Erinnerungen von Meissner und Schwerin-Krosigk⁶⁷ bekommen kann, der die Sache einleiten will. Ging dann zur Militärregierung hinüber, wo mich Lloyd aufschnappte und mir erzählte, daß die Militärregierung große Kurse für jüngere und werdende Verwaltungsbeamte einrichten wolle. Erster Kurs gehalten von deutschen, zweiter von amerikanischen Experten, die Deutsch sprechen, darunter mein Freund Arnold Brecht. Man bat mich, geeignete Leute zu nennen. Mit Lloyd gegessen. Dann in den Landtag, Finanzministerium und wieder in den Landtag. Früh aus zu meiner Freude. – Auf dem Rückweg Akten abgearbeitet.

Freitag, 2. April 1948

Abends Besprechung mit Muß über seine Pläne der Ausbildung von Wirtschaftsorganisationen und damit zusammenhängende Etatfragen.

Samstag, 3. April 1948

Abends in Höchst. Da ich schlecht aufgelegt war, sprach ich zu lang. Sehr voller Saal. Meine Themaformulierung „Deutschland zwischen Washington und Moskau“ ist offenbar ein guter Reißer.

Montag, 5. April 1948

Freiwillige Feuerwehren in Seeheim begrüßt, die einen neuen Bezirksverband begründen.

⁶⁵ Greiners Abhandlung erschien schließlich 1951 im Limes-Verlag, also nicht in der von B. mit Drott geplanten „Bibliothek zeitgenössischer Memoiren“. Vgl. Helmut Greiner, Die Oberste Wehrmachtführung 1939–1945, Wiesbaden 1951.

⁶⁶ Zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes, 37. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1229.

⁶⁷ Beide erschienen später an anderer Stelle: Otto Meissner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes, wie ich ihn erlebte, Hamburg 1950; Lutz Graf Schwerin-Krosigk, Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen/Stuttgart 1951.

Dienstag, 6. April 1948

Schlüchtern, beim Gemeindetag über Probleme einer zukünftigen deutschen Verfassung gesprochen, speziell über Vertretung der Länder und Finanzen. – Nachmittags bei der römisch-germanischen Abteilung des Archäologischen Instituts in Frankfurt. Auf der Rückfahrt in Frankfurt beim Wirtschaftsrat. Dr. Pünder nicht da. Schniewind, den ich auch wegen Worsley besuchte, arroganter Preuße. Solche Leute werden im Verhandeln mit den Ausländern keine Seide spinnen, wenn mir auch gesagt wurde, daß er wirklich große Kenntnisse habe. Dann langes Gespräch mit Apel, mit dem ich in den bizonesischen Fragen völlig einig gehe.

Mittwoch, 7. April 1948

Abends bei Herrn Elam in Frankfurt, dem Engländer. Sehr interessante Unterhaltung mit dem neuen Chef der Innenpolitischen Abteilung der englischen bizonalen Behörde, einem Ulstermann O'Neill, der sehr gut Deutsch spricht.

Donnerstag, 8. April 1948

Mit Dr. Worsley in Frankfurt zu Mittag gegessen. Wir haben verabredet, daß ich ihr das Stenogramm einer meiner Reden schicke.

Abends bei Dr. Fraenkel in Frankfurt mit Troeger und Professor Wehrle. Es soll eine Studiengesellschaft à la Fabian Society gegründet werden. Man zeigte mir die Vorschläge. Ich sagte, Metzger sei geistig zu straff, und Brill, wenn er hineinkomme, gehe ich nicht hinein, wobei Troeger sagte, das höre er allenthalben von allen Leuten. Ich schlug Walk noch vor. Interessante Unterhaltung dann über bizonesische Probleme einschließlich der Finanzfragen und vieles andere.

Freitag, 9. April 1948

Landesernährungsamt. Am interessantesten die Feststellung, daß die bizonesischen einschlägigen Behörden in Optimismus und die hessischen Behörden in Pessimismus machen. Es wurde allgemein getadelt, daß dieses Gegeneinanderstehen in der Öffentlichkeit das Vertrauen völlig erschüttere. Der neue Leiter [Littmann] machte einen guten Eindruck. – Nach dem Essen in den Stadel. Viele alte bekannte Bilder gesehen. Tiefer Eindruck. Von der kartenausgebenden Frau am Eingang enthusiastisch begrüßt, von einem früheren Aufseher des Historischen Museums ebenso. – Dann zu Frau Bekker vom Rath, die mich immer eingeladen hatte, ihre Bilderausstellungen zu besuchen. Lustige Diskussion über die völlig expressionistischen Bilder von Sie nannte bei ihm einen Titel, der aber

falsch war, wie sich herausstellte, als der Künstler selbst kam. Gar nichts zu erkennen und doch merkwürdig eindrucksvoll, wenigstens dieses eine Bild. Dann zeigten sie mir in einem Nebenkabinett ein paar herrliche [Schmidt-]Rottluffs. Dies tat mir wohl, ebenso die Unterhaltungen der Tage vorher. Während der Sitzung im Landesernährungsamt hatte mir Hoch gesagt, er fühle sich müde und geistig abgespannt; man habe zu wenig Anregung, da man zu wenig Zeit habe. Er hat so recht.

Nachmittags nach Erbach zu den Verwandten.⁶⁸ Nette Plauderstunde. – Abends in Lorch. Sehr nette Einladung vorher, überfüllter Saal, aufmerksame Hörer. Meine Thema-Formulierung scheint immer zu ziehen. Zehn Flaschen Lorcher als Geschenk bekommen.

Samstag, 10. April 1948

Herren von der Akademie in Jugenheim, sich sehr beschwerend über Ausführungen, die in Fulda gegen die Akademie gemacht wurden, sie sei rein protestantisch. Professor Elzer, der Katholik, stimmte mir völlig bei, wie ich sagte, es seien doch mehr Katholiken dort, als der katholischen Bevölkerungszahl des Regierungsbezirks entspräche.

Sonntag, 11. April 1948

Rede in König. Schöne Fahrt über Lindenfels zurück. Einen blöden Handzettel der CDU über Parteibuchbeamte madig zu machen, war ein Spaß.⁶⁹

Montag, 12. April 1948

Morgens in Gießen. Anstalten der zukünftigen Medizinischen Akademie besichtigt. Bei Professor Behrend und seiner Wiener Frau sehr nett zu Mittag gegessen. – Nachmittags bis abends 9 in Marburg. Besprechungen mit Rektor [Frick], Verwaltungsdirektor [Ranft] und anderen Leuten über den Etat. Dazwischen bei der Hessischen Bibliothek^{69a} und bei der Denkmalpflege.

⁶⁸ Bei Ottilie Crass geb. Bergsträsser und ihrem Sohn Hanns, der das väterliche Weingut in Erbach im Rheingau weiterführte.

⁶⁹ In diesem Handzettel warf die CDU der SPD vor, Vettern- und Parteibuchwirtschaft zu betreiben; Abschrift des Handzettels in einem Brief B.s. an Brentano, 14.4.1948, in: Mat. Bergsträsser.

^{69a} Die „Hessische Bibliothek“ in Marburg, in der umfängliche Evakuierungsbestände der ehem. Preußischen Staatsbibliothek in Berlin zusammengezogen wurden, seit Abschluß des Königsteiner Abkommens 1949 „Westdeutsche Bibliothek“, wurde mit Errichtung der Preußenstiftung 1962 zur Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, deren Bestände ab 1964 nach Berlin zurückkehrten.

Dienstag, 13. April 1948

Mit Ahl gesprochen über die Tragweite und praktische Anwendbarkeit des Artikels 2.⁷⁰ Meine Auffassung, daß widersprechende polizeiliche Verordnungen ungültig sind. Wir wollen die nächste Gelegenheit benutzen, eine Entscheidung herbeizuführen. – Gegen Abend Professor Walther. Mit ihm den Etat der Technischen Hochschule beredet. Abends Rede in Lindenfels. Überfüllter Saal.

Mittwoch, 14. April 1948

Vielerlei Auseinandersetzungen diese ganzen Tage über die Anschuldigungen gegen die Baustoffbewirtschaftungsstelle.⁷¹ Mißgriffe der Kriminalpolizei. – Erste Vorlesung in Frankfurt. – Abends nach Groß-Rohrheim und nachher lange bei Ahl.

Donnerstag, 15. April 1948

Ewiges Hin und Her, Besprechungen etc. über die Vorkommnisse bei der Bauwirtschaftsstelle. Nervosität in Wiesbaden, verrückte und unsachliche Art der Untersuchung durch den Kriminalisten. Die Leute meinen immer, einer, gegen den Verdacht besteht, sei schon völlig schuldig und handeln danach. Nachwirkungen des Nazismus. Ich lehne es ab, mich in die Angelegenheiten des Untersuchungsrichters einzumischen, weil das als Beeinflussung ausgelegt werden könne. – Am 20. Sitzung über Baustoffbewirtschaftung, die von Minister Zinnkann einberufen wurde. Er ist aber dann nicht gekommen, weil er das für am besten hielt, d. h. einsah, daß er voreilig gehandelt hatte. Wittrock hielt einen sehr netten Vortrag, und ich gab nur die Erklärung ab, daß wir uns nicht einmischen in die Untersuchung. Das ganze war für die Katz und kostete Zeit.

⁷⁰ Der Grundrechtsartikel 2 der Hessischen Verfassung bestimmte u. a.: „Niemand kann zu einer Handlung, Unterlassung oder Duldung gezwungen werden, wenn nicht ein Gesetz oder eine auf Gesetz beruhende Bestimmung es verlangt oder zuläßt“.

⁷¹ Die Bezirksstelle für Baustoffbewirtschaftung beim Regierungspräsidenten war wegen Bestechungsverdacht vorübergehend geschlossen worden. Bei Hausdurchsuchungen bei Mitarbeitern der Stelle fanden sich u. a. Elektrogeräte von Firmen, die bevorzugt Zuweisungen erhalten hatten. In die Ermittlungen wurde auch ein möglicherweise fingierter Einbruch im Dezember 1947 einbezogen, bei dem Bezugsscheine, Stempel usw. abhandengekommen waren. Vgl. die ausführliche Berichterstattung im „Darmstädter Echo“, u. a. am 15.4.1948 (Baukontingente veruntreut); dazu Eintragung 23.4.1948 mit Anm. 77/1948.

Samstag, 17. April 1948

Abends bei Prinzens in Wolfsgarten. Reizende, mit alten Möbeln wieder hergerichtete Räume aus dem 18. Jahrhundert, die allerdings nur im Sommer benutzbar sind. Sehr nette Unterhaltung. Prinz von Braunschweig, bis nachts um 12 Uhr. Als wir gerade gehen wollten, kamen noch Unterhaltungen über bizonesische Fragen. Ich forderte den Prinzen auf, das Leben seines Vaters zu schreiben.⁷²

Sonntag, 18. April 1948

Abends sehr gute Versammlung in Gräfenhausen. Man trug noch Bänke herein.

Montag, 19. April 1948

Vortrag Dr. Mueller über seine Amerika-Reise. Ausgezeichnet, Ergänzungen beim Abendessen.⁷³

Dienstag, 20. April 1948

Tanzabend Deutsch-Amerikanischer Club. Nette Unterhaltung mit amerikanischem Ehepaar. Gratulationen über meinen Artikel gegen Keil.⁷⁴

Mittwoch, 21. April 1948

10 Uhr Besprechung im Interniertenlager. Mit dem Hinweis gegenüber dem Finanzministerium, daß wir jährlich 35 000,- Miete zahlen für Behörden, die noch in Privathäusern untergebracht sind, mit dem Hinweis gegenüber der Stadt, daß wir Wohnungen freimachen können, bekomme ich eine von den Kasernen gleich zugesprochen, die in ein paar Wochen schon zum Teil beziehbar werden soll, und die Anwartschaft an eine zweite, die in absehbarer Zeit frei werden soll. Je 80 Räume. Warum die Stadt nichts wollte, ist mir unerfindlich. Um so besser für uns.⁷⁵

⁷² Ergebnis dieser Anregung war wohl Prinz Ludwigs Schrift: Die Darmstädter Künstlerkolonie und ihr Gründer Großherzog Ernst Ludwig, Darmstadt 1950.

⁷³ Veranstaltung der IHK Darmstadt; vgl. ‚Darmstädter Echo‘ 22.4.1948 (Dr. Mueller über Amerika-Eindrücke).

⁷⁴ ‚Darmstädter Echo‘ 20.4.1948 (Sehr geehrter Herr Freymann – von Ludwig Bergsträsser). Die KPD hatte in einer Plakat-Aktion behauptet, B. habe sich selbst eine erhöhte Koksuteilung bewilligt. In der Erwiderung griff B. Keil scharf an und beschuldigte ihn des üblen Nachrufs.

⁷⁵ Zu dieser Besprechung der staatlichen und städtischen Bauleitungsbehörden ‚Darmstädter Echo‘ 22.4.1948 (178963 Wohnräume wieder bewohnbar).

Nachmittags Vorlesung in Frankfurt, davor und danach Beratungen mit dem Senat über Professoren, da ich Hallstein gesagt hatte, daß die Fraktion gegen die theologischen Fakultäten festgelegt ist. Hallstein als glänzender Formulator sagte, es sei für die Universität geradezu ein historisches Ereignis, daß der Verantwortliche einer Fraktion selbst komme und mit der Universität über ihre Wünsche spreche. – Abends dann Versammlung in Nieder-Beerbach. Gut besucht, im „Darmstädter Hof“, wo wir früher oft einkehrten. Infolgedessen Abendessen und Apfelwein.

Donnerstag, 22. April 1948

Nachmittags Besuch von Dr. Newman. Ich erster Redner, dann nur die Stadt. Nachher Weintrunk bei mir. Newman gefiel es offenbar gut; er lobte dauernd den Wein.⁷⁶ – Abends Rede in Gustavsburg. Ich war gut aufgelegt, und es ging vorzüglich. Dreifach so viel Zuhörer wie bei der CDU-Versammlung. Sehr hübsches Zusammensitzen nachher; einige interessante Ingenieure der MAN. Handkäse, Wein, arabische Zigaretten.

Freitag, 23. April 1948

Hummel da. Unsympathische Situation von R[aupp]. Die Vorkommnisse bei der Bauwirtschaftsstelle sind unerfreulich. Einige ziemlich stark belastet.⁷⁷

Sonntag, 25. April 1948

Große Wahlreise. Man muß dafür sorgen, daß die Gebiete am Neckar [Hirschhorn und Neckarsteinach] wenigstens politisch etwas mehr mit uns verbunden werden.

Montag, 26. April 1948

Nachmittags Unterausschuß des Haushaltsausschusses.

Dienstag, 27. April 1948

Nachmittags Fraktionssitzung. Über Wahlen gesprochen. Wir sind der Meinung, die Koalition muß aufrecht erhalten und auf die Wahl der Landräte und Bürgermeister in der Form ausgedehnt werden, daß die lo-

⁷⁶ Vgl. „Darmstädter Echo“ 24.4.1948 (Dr. Newman in Darmstadt). Das Manuskript von B.s Rede in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

⁷⁷ Vgl. dazu die Meldungen des „Darmstädter Echo“ vom 24.4. (Leder, Hemden und Herde) und 15.5.1948 (Baustoffe an Bevorzugte).

kal schwächere Koalitionspartei für die lokal stärkere stimmt, allerdings unter dem Vorbehalt, den sicher auch die andere Seite machen wird, daß bei der Auswahl der Kandidaten die Stimmungen der Gegenseite berücksichtigt werden. Das würde bei uns sehr stark für Bergstraße gelten, wird aber da hinfällig, da Steinmetz einen anderen Posten annimmt, wie er mir schon vorher gesagt hatte.⁷⁸ – Abends Diner mit Schloss. Dabei langes Gespräch über Politik. Er sagte, warum wir nicht jetzt die LDP ins Kabinett hineinnähmen. Beim Landwirtschaftsministerium würde sie sich doch abnutzen. Ich habe am nächsten Tag den Ministerpräsidenten darüber informiert.

Mittwoch, 28. April 1948

Kulturpolitischer Ausschuß, 9 Stunden lang.⁷⁹ Ich habe sehr viel gesprochen, z. T. mit Viehweg geschickt die Bälle tauschend und mancherlei im einzelnen erreicht. Metzger intrigiert kirchlich. Es wird mir immer unsympathischer, und ich werde in der Fraktion sehr scharf sprechen darüber.

Donnerstag, 29. April 1948

Abends langes Gespräch mit Borneo über die Weltlage. Er ist sehr pessimistisch und sieht den Krieg unmittelbar. Informierte mich auch darüber, daß Grotewohl beim Volkstag gesagt hat, man müsse zur Ausarbeitung einer Verfassung auch Westzonen-Leute herbeiziehen, und dabei Geiler und mich nannte.⁸⁰ – Ich habe mir für heute, Freitag, 30. April 1948, Herrn Lloyd von der Militärregierung, den ich seit 3 Jahren kenne, her gebeten und diese Dinge mit ihm durchgesprochen, dabei erfahren, daß meine antikomunistische Rede im Landtag⁸¹ durch einen Bericht von Schloss der Militärregierung, auch Newman, sehr bekannt ist, und daß auch Rose eindeutig richtig über meine Stellung gegenüber den Kommunisten unter-

⁷⁸ Zu der im dargelegten Sinne getroffenen Vereinbarung vom 26.5. vgl. Anm. 96/1948. Im Bergsträßer Kreistag war die CDU nach der Kommunalwahl vom 25.4. mit 23 Sitzen weiterhin stärkste Fraktion, hatte aber nicht die absolute Mehrheit. Steinmetz übernahm, nachdem er in Heppenheim im Widerspruch zur Abrede auf Landtagebene nicht wiedergewählt worden war, die ihm angebotene Stelle als Ministerialdirigent in der bizonalen Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens.

⁷⁹ Beschluß-Protokoll in: AHLT; Tagesordnungspunkt war der Gesetzentwurf über die Privatschulen (LT-Drucks. I, Nr. 665).

⁸⁰ Hier ist der 2. Volkskongreß vom 17./18.3.1948 gemeint; Born gab die entsprechenden Rundfunkmeldungen an B. weiter. Die von der SED initiierte und im wesentlichen getragene Volkskongreßbewegung hatte sich im Dezember 1947 konstituiert und auf dem 2. Volkskongreß in Berlin einen Deutschen Volksrat als Vorläufer eines Parlaments gewählt.

⁸¹ Vgl. Anm. 64/1948.

richtet ist. – Graybill, unser hiesiger Jugend-Offizier, kommt mit einem Amerikaner, der sich zwei Monate hier aufhalten und Jugendfragen studieren will. Ich vertröstete ihn auf Giselas Rückkehr.⁸² – Nachmittags nach Kassel. Vortrag über Frankreich. Abends mit Hoch zusammen.

Samstag, 1. Mai 1948

Im Park spazierendegegangen. Nachmittags bei Zinn, der krank ist und mir über seine Kämpfe mit Stock erzählte, der von vielen Dingen halt nichts versteht. – Abends in den „Lustigen Weibern“ von Nicolai. Sehr hübsche Aufführung.

Sonntag, 2. Mai 1948

Morgens in Fulda. Vortrag: Lage des Sozialismus in der Welt.⁸³ Dann sehr nett im Parteibüro gegessen aus Care-Paketen der Arbeiterwohlfahrt. – Dann nach Richthof. Ruhige Tage dort, anregende Unterhaltungen. [...]

Freitag, 7. Mai 1948

Morgens lange mit Stöcker gesprochen. Frage der Taktik in Darmstadt und der Personen. Ich sagte ihm deutlich, daß ich Reiber weit vor Metzger vorziehe und spielte Metzgers allzu kirchliche Haltung aus. – Abends Vortrag für deutsche Herren von dem Leiter der Stelle für Auslands-Schweizer über die Schweiz. Klug und interessant. Ich war der Einzige, der alemannisch mit dem Schweizer reden konnte. Brote, Wein, Zigaretten.

Samstag, 8. Mai 1948

Mit Reiber gesprochen, den ich Freitag veranlaßt hatte, mich zu besuchen, über die Taktik. Im Nachgang des Gesprächs mit Stöcker.

Sonntag, 9. Mai 1948

48er Feier in Wiesbaden, Staatstheater. Sehr voll, Rede sehr gut aufgenommen, obwohl ich etwas müde war.

⁸² Gisela Bergsträsser befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Schweiz.

⁸³ Vgl. ‚Fuldaer Volkszeitung‘ 4.5.1948 (Maifeiern 1948 in Fulda); B.s genaues Thema war: „Die Weltsituation des Sozialismus“.

Freitag bis Dienstag, 14. bis 18. Mai 1948

Im Bett; Entzündung am Bein. Viel gelesen, den ganzen Pechel „Deutscher Widerstand.“⁸⁴

Dienstag, 18. Mai 1948

Abends Empfang der Staatsregierung im Palmengarten in Frankfurt. Unendlich viel Leute getroffen. Nette Unterhaltung mit Ministerpräsident Arnold, Nordrhein, komischer Eindruck des aus Biberach stammenden Schwaben als Vertreter dieses Landes. Teusch, Frau Dr. Bähnisch, die Kollegin aus Hannover. Mit Löbe über seine Erinnerungen gesprochen. Er hat noch keinen Verleger.⁸⁵ Stock verkündet die drei politischen Professuren. Stein sondiert in Marburg gesprächsweise, ob ich die in Frankfurt annehmen würde.⁸⁶

Mittwoch, 19. Mai 1948

Schriftstellertagung. Rudolf Alexander Schröder sehr fein. Plievier spricht aufgezeichnet.

Donnerstag, 20. Mai 1948

Nachmittags in der Paulskirche meine Rede, knapp, sehr gut aufgenommen. Guter Bericht in der „Neuen Zeitung“.⁸⁷ – Abends in den Römerhallen mit Kattinka Oheimb und dem Sohn Eulenburg. Mit Kattinka Erinnerungen aufgefrischt. In einer der Diskussionen Hagelstange sehr leidenschaftlich. Scharfe Stimmung gegen Russen und Kommunismus.

⁸⁴ Rudolf Pechel, *Deutscher Widerstand*, Erlenbach-Zürich 1947.

⁸⁵ Löbes Memoiren erschienen im Folgejahr bei arani in Berlin: Paul Löbe, *Erinnerungen eines Reichspräsidenten*, Berlin-Grünwald 1949; spätere Auflagen unter dem Titel: *Der Weg war lang*.

⁸⁶ „Frankfurter Rundschau“ 20.5.1948 (Hessischer Staatsempfang). Stocks Rede in: *Von Weimar nach Wiesbaden. Reden und Schriften von Christian Stock (1884–1967)*, bearb. von Armin Hildebrandt, Darmstadt 1984, S.179. – B. erhielt keinen der zum Sommersemester 1949 in Frankfurt, Darmstadt und Marburg eingerichteten Lehrstühle für wissenschaftliche Politik, obwohl er zunächst für Frankfurt vorgesehen, dann von Stein für Darmstadt vorgeschlagen worden war. Berufen wurden schließlich Kogon in Darmstadt, E.W. Meyer in Frankfurt und Abendroth in Marburg. Vgl. den Briefwechsel B.–Stock vom Juni/Juli 1949, in: HStA, 502/365 und das Empfehlungsschreiben Steins vom 28.7.1949, in: HStA 502/506. Dazu Eugen Kogon, *Die drei Lehrstühle für Politische Wissenschaften in Hessen*, in: *Hessen – Kultur und Wirtschaft*, hrsg. von Georg August Zinn, Wiesbaden 1954, S.187f.

⁸⁷ „Die Neue Zeitung“ 23.5.1948 (Die politische Verpflichtung des Schriftstellers).

Freitag/Samstag, 21./22. Mai 1948

Morgens im Amt. – Nachmittags in Ginsheim, Sitzung mit den SPD-Gemeindevertretern, denen ich klar sagte, daß Verbindung Gustavsburg-Ginsheim nur durch Gesetz gelöst werden könne, daß die Gemeindevertretung in ihrer Mehrheit beschließen könne, wo die Gemeindeverwaltung hinkomme, und daß die Verbindung mit Mainz aus allgemein politischen Gründen nicht gelöst werden dürfe. – Dann nach Marburg, Empfang bei der Stadt. Gute Reden von Bleek und Frick, vielerlei Leute getroffen.

Am nächsten Morgen bei den Hochschulgesprächen Referat von Raiser, Göttingen, über Hochschule und politische Erziehung. Durchaus bejahend.⁸⁸ Lange, nicht gute Diskussion. Litt, Bonn, für politische Erziehung; ich natürlich auch. Irgend jemand erzählte mir, daß Ritter, Freiburg, und andere Professoren ein öffentliches Gutachten gemacht hätten, daß im Geschichtsunterricht der höheren Schulen die Zeit nach 1918 nur chronistisch und nicht erörternd und beurteilend gegeben werden solle. Sie wollen offenbar nicht an den dreckigen Hindenburg heran. Voller Blödsinn.⁸⁹ – Nachmittags in Marburg Kaffeetafel, langes, kluges Gespräch mit Dehio. Er will die „Historische Zeitschrift“ neu herausgeben; sein Verleger lehnt ab, einen Aufsatz von Stadelmann über Tirpitz zu bringen, das sei nicht aktuell.^{89a} Typische deutsche Feigheit. Ich erwäge, eine Zeitschrift für Zeitgeschichte zu begründen. [...]

Montag, 24. Mai 1948

Fraktionssitzung, ohne besondere Bedeutung. – Abends bei Greiner. Buch schreitet fort. Foerster wegen der Beck'schen Denkschriften erst Mittwoch ganz kurz gesprochen. Er hat Bedenken, jetzt zu veröffentlichen. Ich sagte ihm, das sei Unsinn und hoffe, daß Greiner ihn noch beschwätzt.⁹⁰

⁸⁸ Vgl. „Marburger Presse“ 24.5.1948 (Die dritten Marburger Hochschulgespräche); auch: Dokumente zur Hochschulreform, S.261.

⁸⁹ Gerhard Ritter, Der neue Geschichtsunterricht. Entwurf von Richtlinien für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts an höheren Schulen, in: Die Sammlung 2 (1947), S.442–462. Die Richtlinien waren von Freiburger Professoren entwickelt worden. Für die Zeit nach 1914, „deren historische Probleme noch sehr vielfach ruhig-objektiver Klärung durch die wissenschaftliche Forschung bedürfen“, wurde ein „möglichst nüchtern-sachlicher Bericht unbestreitbarer Tatsachen“ empfohlen.

^{89a} Rudolf Stadelmanns Aufsatz „Die Epoche der deutsch-englischen Flottenrivalität“ erschien dann in seinem Sammelband: Deutschland und Westeuropa. Drei Aufsätze, Schloß Laupheim (Württemberg) 1948, S.85–146.

⁹⁰ Die Aufzeichnungen, die Foerster von Beck nach der Verabschiedung 1938 zur Aufbewahrung erhalten hatte – ein Teil ging im Krieg verloren –, erschienen 1949: Wolfgang Foerster, Ein General kämpft gegen den Krieg. Aus den nachgelassenen

Dienstag, 25. Mai 1948

Lange, unwichtige Sitzung.⁹¹ Ich gehe dazwischen auf die Bibliothek biedermeiern. – Nachmittags von Dr. Pollock, dem politischen Berater Clays, erbetene Unterhaltung in dem amerikanischen Gästehaus bei Königstein. Ich sage ihm alle Beschwerden über Export, über Hinderung der demokratischen Erziehung durch die Militärregierung, über Verfassungsfragen (vergl. Aufzeichnung).⁹² Ich will ihm dieser Tage noch eine Denkschrift schreiben.

Mittwoch, 26. Mai 1948

Landtagssitzung, Betriebsrätegesetz. Gute Rede von Moosdorf, ausgezeichnete Rechtfertigung des Betriebsrätegesetzes durch den Redner der CDU [Fleckenstein]. Ewige Abstimmungen im schlecht gelüfteten Saal.⁹³ – Nachmittags Miss Liddell von Chatham-House eine Stunde gesprochen, nicht nur Erziehungsfragen, auch die ganze allgemeine Politik. Ich nehme an, daß sie es gut verwenden wird. Sie will mir wieder eine Einladung nach London zu verschaffen versuchen. Vor der Vorlesung in Frankfurt mit dem Asta gesprochen und für Miss Liddell eine Unterhaltung mit Asta-Leuten auf Donnerstag verabredet. Dann noch mit Miss Liddell zu Abend gegessen. Nützlichkeit der persönlichen Beziehungen. – Morgens mit Hilpert über Nauheim gesprochen. Wir wollen eine Konferenz abhalten dort, wenn der Bürgermeister gewählt ist. Er will Meller pensionieren.⁹⁴ – Mit Knothe über die Regierungspräsidenten gesprochen. Man will Nischalke als nicht ausreichend anderweitig unterbringen. Er will sich nicht pensionieren lassen, da er offenbar Angst hat vor dem Nichtstun.⁹⁵

Papieren des Generalstabschefs Ludwig Beck, München 1949; Neuauflage unter verändertem Titel: Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg. Aus den nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs, München 1953.

⁹¹ 39. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1281 ff.

⁹² Die „Aufzeichnung über eine Unterhaltung mit Dr. Pollock, dem pol. Berater des Gen. Clay“ ist dem Tagebuch angefügt.

⁹³ 40. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1327.

⁹⁴ Meller ging zum 31.3.1949 in den Ruhestand.

⁹⁵ Die CDU hatte seit der Koalitionsbildung 1946 Anspruch auf den Präsidentenposten in Wiesbaden erhoben, da alle drei Regierungspräsidien mit Sozialdemokraten besetzt waren; vgl. u. a. Anm. 142/1947. Nischalke wurde im September 1948 pensioniert und durch den seitherigen Vizepräsidenten Heinrich Noelle (CDU) ersetzt.

Montag, 31. Mai 1948

Als ich aufs Amt kam, saß Minister Zinnkann schon da. Wir besprachen die allgemeine Situation, die daraus entstanden ist, daß gegen die Abmachung im Kreis Bergstraße mit den Stimmen der SPD, LDP und KPD Dengler gegen Steinmetz zum Landrat gewählt worden ist.⁹⁶ Zinnkann befürchtet mit Recht den Bruch der Koalition und sagt, das sei die Folge der seinerzeitigen blöden Antikoalitionspolitik von Knothe. Ich widersprach nicht, sagte, daß ein Teil der Schuld offenbar auch an Steinmetz persönlich liege, was er bestätigte, indem er erwähnte, daß sogar einige CDU-Leute gesagt hätten, sie wollten lieber Dengler wie Steinmetz. Ich schlug vor, Dengler müsse eben gezwungen werden, die Wahl nicht anzunehmen, und zwar durch die Fraktion. Auch in Groß-Gerau und Erbach ist die Situation zugespitzt. Die Wahl in Darmstadt-Land – Wink mit den Stimmen der KPD – hat in CDU-Kreisen verschnupft, aber nach Ausführungen von Wink, der dann hereinkam, liegt das doch offenbar mehr an der CDU wie an unseren Leuten, denn der CDU war der Kreis-Syndikus angeboten, eine Stelle, die jetzt noch unbesetzt ist.⁹⁷ Das kann also ausgeglichen werden. Zinnkann ging dann ins Rathaus und kam nicht wieder zurück. Heute morgen sollen in Wiesbaden Besprechungen gewesen sein. Resultat unbekannt. – Darmstadt-Stadt ist auch schwierig. Walk erzählte mir nachmittags, daß Metzger nun bereit sei, mit Reiber zusammenzuarbeiten ohne Koalition mit der CDU, weil er offenbar unbedingt Oberbürgermeister bleiben will. Dingeldey, der Kandidat der CDU für den Bürgermeister-Posten, ist persönlich unbeliebt, gilt für sehr unbedeutend. Reiber will die Kulturpolitik nicht in CDU-Hände geben, die Fraktion auch nicht, und Reiber ist sicher, gegebenenfalls mit den Stimmen der LDP und KPD gewählt zu werden.⁹⁸ – Mit Brentano gesprochen wegen Betriebsratsgesetz.

⁹⁶ Die am 26.5. getroffene Absprache zwischen den Fraktionsspitzen von SPD und CDU sah vor, daß bei der Neuwahl der Landräte die jeweils stärkste Kreistagsfraktion den Landrat, die andere Partei den 1. Kreisdeputierten stellen sollte. Der SPD wären danach 21, der CDU 18 Landräte, darunter auch der Kreis Bergstraße zugefallen. In Heppenheim wurde gegen den von der örtlichen SPD abgelehnten Landrat Steinmetz mit den Stimmen von SPD, FDP und KPD der frühere SPD-Landrat Dengler gewählt. Vgl. bereits Eintragung 27.4.1948 mit Anm. 78/1948; dazu ‚Darmstädter Echo‘ 2.6.1948 (Bruch der Koalition).

⁹⁷ Wie Georg Wink im Landkreis Darmstadt waren auch die SPD-Landräte in Erbach (Neff) und Groß-Gerau (Harth) mit den Stimmen der KPD wiedergewählt worden. Alle drei Landratsposten hätten auch nach der Absprache der SPD zugestanden, doch fielen nun, da man sich vor Ort nicht einigen konnte, die Stellen der Kreisdeputierten an die KPD.

⁹⁸ In Darmstadt wurden Metzger als Oberbürgermeister und Reiber als Bürgermeister mit den Stimmen von SPD und KPD (25) gegen die Stimmen von CDU und FDP (23) wiedergewählt.

Seine Fraktion hat gemeinsam dafür gestimmt, obwohl er bei Übernahme des Fraktionsführers ausdrücklich gegen den Fraktionszwang sprach.

Dienstag, 1. Juni 1948

Haushaltsausschuß in Wiesbaden, Kultusministerium.⁹⁹ Die Haushaltsberatungen sind bei uns völlig falsch aufgezo- gen, indem sie sich rein auf das Finanzielle und da sogar hauptsächlich auf die Stellenbesetzung beschränken, statt auf die dahinter liegende Materie einzugehen. Es zeigt sich dies schon darin, daß die Minister nicht anwesend sind. Das muß geändert werden. Lux ganz meiner Meinung. – Abends Professor Brinkmann, Hochschulleute und Rentschler zu Gast. Angenehme Unterhaltung. Mit Mesmer über die politischen Professuren gesprochen. Er hatte Befürchtungen wegen konfessioneller Besetzung. Ich sagte ihm, der Referent im Kultusministerium [Weyd- ling] habe in einem privaten Gespräch angedeutet, daß er einen jüdischen Herrn nehmen wolle, worüber Mesmer sehr erfreut war.

Mittwoch, 2. Juni 1948

Mit Holtz gesprochen, da das Institut für Schulfunk und Schulpflege als bizonesis- che Anstalt evtl. nach Darmstadt soll. – Kolleg in Frankfurt.

Donnerstag, 3. Juni 1948

Fraktion in Nieder-Florstadt. Offizieller Beschluß der Fraktion, Dengler zum Rücktritt aufzufordern. Aus allen Berichten der Unterhändler¹⁰⁰ geht hervor, daß man die Leute der CDU für ehrlich bestrebt hält, die Koalition zu erhalten, mit Ausnahme von Hilpert, der aber von seiner Fraktion, speziell Stieler und Brentano, überrannt worden sei. Wagner machte die sehr nette und treffende Bemerkung, daß auch bei Hilpert immer einmal der frühere Syndikus herauskomme. Ich wurde zu meinem großen Bedauern in eine Fraktionskommission zur Untersuchung des Falles Wagner-Koch gewählt.¹⁰¹ Mein Protest wegen Überarbeitung wurde niedergebrüllt.

⁹⁹ UB-MR, NL Bergsträsser 10: Kurzprotokoll über die Sitzung des Haushaltsausschusses (21er-Ausschuß).

¹⁰⁰ Gemäß der Vereinbarung vom 26.5. hatten CDU und SPD für jeden Regierungsbezirk je einen Unterhändler benannt. Von der SPD waren dies Zinnkann (Darmstadt), Wagner (Wiesbaden) und Christian Wittrock (Kassel).

¹⁰¹ Koch hatte Wagner als Leiter der Personal- und Haushaltsabteilung im Wirtschaftsministerium nach äußerst heftigen Kontroversen um Personalpolitik und Haushaltsverteilung entlassen. Umfängliches Material zum Fall Koch/Wagner in: StA-DA, O 27 NL Stock 43.

– Abendessen zum einjährigen Bestehen der „Offenbach Post“. Ich sprach mit dem Leiter der I.C.D. [Leonhard] über die Hinderung in Bezug auf Bücher, Zeitschriften etc. aus der Schweiz und in die Schweiz. Er erklärte, das Verhalten der JEIA für stupid.¹⁰² Ich pflichtete ihm sehr bei. Mein System: steter Tropfen.

Freitag, 4. Juni 1948

Deputation aus Blitzenrod wegen Ausgemeindung.¹⁰³ Ich bin durchaus dafür, mehr wie Ahl. Alle Eingemeindungen schädigen den kleineren Teil. – Ottenheimer klagt, daß er keine Wohnung bekomme in Darmstadt, obwohl Reiber sie bei seinem Konzert feierlich versprochen habe. Was kann ich bei dem Wohnungsamt in Darmstadt? – Ein Vertreter der Freireligiösen Gemeinden bittet mich um meine Auslegung eines Verfassungsartikels.

Samstag, 5. Juni 1948

Friedrich bringt ein Fräulein Dr. Wittmann, die hier eventuell Jugendpflege übernehmen will. Macht einen angenehmen frischen Eindruck.

Samstag/Sonntag, 5./6. Juni 1948

Großer Auftrieb wegen Ellen Bassermanns Konzert, das sonntags sehr erfolgreich verläuft. – Abends Lange, Noack etc.

Montag, 7. Juni 1948

SPD-Leute aus Gustavsburg mit den alten Gemeindeschmerzen. Ich sagte ihnen, daß an der Verbindung mit Mainz nicht gerüttelt werden dürfe. Die von Kastel aufgebrachte Idee, daß diese Gemeinden sich alle zu einer Gesamtgrößgemeinde zusammentun sollten, lehnten sie ab und ich ebenso, denn es ist ja kein gemeinsames Interesse außer dem durch die Ausstrahlungen von Mainz. – Rodemann wegen ihres Bauvorhabens. Ahl zerschlägt ihm die Hoffnung auf Bizonesen-Förderung. – Nachmittags Dengler wegen Landratswahl. Ich entnehme daraus, daß er bereit ist, auszuschielen, wenn er sich auch ärgert.

¹⁰² Die Joint Export-Import Agency (JEIA) als bizonale Behörde der beiden Besatzungsmächte wickelte den deutschen Außenhandel auf Dollarbasis ab; vgl. Vogel, Westdeutschland III, S. 157.

¹⁰³ Blitzenrod war seit dem 1.4. 1939 Stadtteil von Lauterbach und blieb dies auch.

Dienstag, 8. Juni 1948

10 Uhr Sitzung Nauheim; technische Durchführung des Tages X, das heißt der Währungsreform. Furchtbar viel technisches Gerede. Es wurden Sachen gefragt, daß einem schlecht wurde. Interessant, daß Lastenausgleich noch nicht kommen soll. Auch im einzelnen weiß man sonst nichts, nur daß ein bestimmter Betrag alte Mark gegen neue eingetauscht wird. Wieviel ist unbekannt. Auch ist unbekannt, ob über die alten Konten noch verfügt werden kann im Scheckverkehr, um alte Rechnungen zu begleichen. Bei Schaefers gegessen um 3 Uhr.

Nach Wiesbaden, Kulturpolitischer Ausschuß. Man hatte lange über die Schulgeldfrage diskutiert und gerade einen Antrag vorbereitet, über den sich eine neue Diskussion entspann. Ich redigierte um, machte einen Zusatz und fand allgemeine Billigung.¹⁰⁴ Die ganzen Leute da verstehen nichts von Verwaltung und nichts von juristischen Formulierungen. Der gute Dingeldey ist zu lahm. So wurde ich Matador. – Abends in Heppenheim vor einer Jugendgruppe über England und Frankreich geplaudert. Sehr aufgeschlossene junge Leute, die viel fragten und sehr hübsch mitgingen.

Mittwoch, 9. Juni 1948

3 Uhr Fraktionssitzung, beauftragt, Rede zu Fall Brill zu halten. Man fragte mich aber vorher erst an wegen meiner Doppelstellung. Ich hielt die Rede am Donnerstag zum Beifall der Fraktion, wobei einige hervorhoben, daß ich es im Hinblick auf meine Stellung zu Brill besonders gut gemacht hätte.¹⁰⁵

¹⁰⁴ UB-MR, NL Bergsträsser 10: Beschlußprotokoll des Kulturpolitischen Ausschusses am 8.6.1948. Beschlossen wurde, daß zunächst für eine Übergangszeit den Privatschulen, soweit sie als Ersatz für öffentliche Schulen anzusehen waren, Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit zu gewähren sei. Antrag in: LT-Drucks. II, Nr. 812.

¹⁰⁵ 41. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1394. Kultusminister Stein hatte Brill gegen den Willen der Frankfurter Universität zum Honorarprofessor an der juristischen Fakultät ernannt. Die Fakultät sah darin eine Mißachtung der universitären Selbstverwaltung. Stein entgegnete, man habe alle von ihm vorgeschlagenen Kandidaten bisher abgelehnt und nichts dazu getan, um die Notsituation zu überwinden. Der langwierige Streit führte bis zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der seine Tätigkeit erst im März 1950 einstellte, nachdem sich Universität und Ministerium geeinigt hatten. Abschlußbericht des Ausschusses: LT-Drucks. II, Nr. 725; vgl. dazu Rudolf Billerbeck, *Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus*, Düsseldorf 1971, S. 205.

Donnerstag, 10. Juni 1948

Plenum, Etat. Ich gab auch den Bericht zum Kultusministerium, der aufmerksam gehört wurde. Bei der Beratung redete Viehweg endlos, obwohl es nicht nötig war.¹⁰⁶ Dazwischen Paß für Wittstock abgeholt; außergewöhnlich lebenswürdiger, ganz junger Amerikaner. Morgens kam der Flüchtlingskommissar [Schmahl] von Friedberg zu mir und wollte mich zur Militärregierung holen, mit dem Kommandanten [Radigan] in Friedberg zusammen. Ich lehnte ab. Dann kam er zum Mittagessen und wollte, daß ich mich mit seinem Offizier unterhielte; ich lehnte selbstverständlich ab, sagte, um 2 Uhr wäre ich im Landtag, wo sie beide antraten und der Offizier durchaus lebenswürdig war. Also: richtige Behandlung. Sachlich hoffe ich, daß wir uns einrichten. – Abends vor der Pause in der Staatskanzlei miserabel gegessen, dann weggefahren. Ich war durch die Hitze völlig erledigt.

Freitag, 11. Juni 1948

Mit Walk über etwaige Notstandsarbeiten gesprochen. Das dringendste scheint mir die Reinigung der Straßengräben, das, worauf man immer zurückkommen kann, Schuttabräumen aus den noch reparablen Häusern. Walk meint, wir müßten möglichst viel Staatsbauten in dieser Zeit fördern. Für Darmstadt ist das gewiß richtig; auch das Theater kommt in Betracht.

Samstag, 12. Juni 1948

Zwei interessante und lange Besprechungen mit Mr. Lambert, Beamter des Londoner Foreign Office, der speziell nach dem Funktionieren unserer Volksvertretungen fragte, mit dem ich dann aber auch auf andere Fragen zu sprechen kam. Ich führte das Gespräch, da der auch anwesende Landtagspräsident Witte nicht englisch kann. Ich benutzte die Gelegenheit, mit ihm einiges über das Londoner Communiqué¹⁰⁷ zu besprechen und ihm zu sagen, daß ich grundsätzlich eine indirekt gewählte verfassungsberatende Versammlung nicht für ein wirksames Organ hielte. Er

¹⁰⁶ 41. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1392 ff. B. sprach zum Etat des Kultusministeriums. Viehwegs Rede ebd., S. 1396.

¹⁰⁷ Das Kommuniqué der Londoner Sechsmächtekonferenz (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg, 23. 2.–6. 3. und 20. 4.–2. 6. 1948) legte die Grundsätze der weiteren Deutschlandpolitik fest, u. a. die Ausarbeitung einer Verfassung, die Ankündigung einer Internationalen Ruhrkontrolle und die Errichtung eines Militärischen Sicherheitsamtes. Text des Kommuniqués in: Parl. Rat 1, S. 1–17. Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 156.

deutete an, daß die Engländer eine größere Versammlung wünschten, die Amerikaner nur eine ganz kleine. Ich schilderte ihm auch die Ernährungsverhältnisse und sagte ihm auch, daß die Engländer in ihrem Besatzungsgebiet die wirtschaftliche Entwicklung hindern, indem sie sich in alle Wirtschaftsfragen bis in die kleinsten Einzelheiten einmischen, und daß die JEIA mit der Dollar-Zahlbasis uns den Export unmöglich macht. Gespräch sehr angenehm, kommt nächste Woche wieder. – Nachmittags Besprechung mit Abt. II¹⁰⁸ über die Instruierung der Gemeinden und Landräte, die bestimmte Aufstellungen liefern sollen, aus denen der Bedarf an Neugeld im Falle der Währungsreform festgestellt wird. Die Sachbearbeiter der Landräte sind auf Sonntag zusammenberufen. Ich halte ihnen am Sonntag eine kleine allgemeine Rede über die große Verantwortung, „daß es klappen müsse“.

Montag, 14. Juni 1948

Besprechung der Dezernenten und Betriebsrat über die Rückwirkungen der Währungsreform auf das Personal. Aufhebung von Dienststellen, Entlassungen etc. Ich sage einleitend, wir müssen uns bei dieser Gelegenheit die besten Leute der aufzulassenden Abteilungen in andere Abteilungen herübernehmen und dafür andere entlassen. Bei den Entlassungen müssen wir beachten: 1. politische Unbescholtenheit, 2. Leistung, 3. soziale Gesichtspunkte, d. h. ob der Betreffende Familienmitglieder zu versorgen hat. Findet Billigung. Wir kommen überein, daß man über Einzelheiten noch nicht reden kann, sondern erst einige Tage nach dem Tage X. Überdies sollen noch Verfügungen ergehen. – Abends bei Col. Rose zum Abschied.¹⁰⁹ Großes Gesaule.

Dienstag, 15. Juni 1948

Morgens Sitzung mit Patentamtsleuten. Dann Mittagessen mit ihnen, Einladung der Stadt. Wein von mir. Das Marstall-Gebäude imponiert ihnen. Später berichtete mir Oberbaurat Holtz, daß sie wohl anbeißen werden. Es wären immerhin etwa 6000 Personen, wenn die Sache zu Ende ist.¹¹⁰

¹⁰⁸ Finanzabteilung des Regierungspräsidiums.

¹⁰⁹ John C. Rose wurde als Leiter der amerikanischen Militärregierungseinheit in Darmstadt durch Harold P. Radigan abgelöst.

¹¹⁰ Vgl. Anm. 12/1948 und „Darmstädter Echo“ 21.8.1948 (Darmstadt und das künftige Patentamt). Das Patentamt kam schließlich doch nach München. Gesetz über die Errichtung eines Patentamtes vom 12.8.1949, vgl. Akten Vorgesch. BRD 4, S. 782 und 853.

Mittwoch, 16. Juni 1948

Mit Weyland über Möglichkeiten gesprochen, Flüchtlingsstrom aus der Ostzone zu unterbinden. – Um 11 in Wiesbaden Besprechung mit Professoren aus USA, Frankreich, England über Verfassungsfragen. Leiter dieser Gruppe war Brecht. Freundlich Bekanntschaft erneuert. Ich sprach mich für vorbereitenden Verfassungsausschuß aus, berufen durch Ministerpräsidenten, der einen Entwurf macht. Personen unter Berücksichtigung der Parteien, aber ohne unbedingte Bindung. Dann Nationalversammlung mit Verfassungsausschuß, der aber an den Vorentwurf als Grundlage gebunden sein soll wegen der Verkürzung der Fristen. Dann Referendum, aber nicht der einzelnen Länder, sondern der Gesamtbevölkerung. Den Grund, daß sonst Partikularisten, wie etwa Bayern, eine Presision ausüben können, konnte ich nicht sagen und bezog mich nur auf allgemeine demokratische Prinzipien. Über den Inhalt der Verfassung sagte der Franzose sehr vernünftig, daß man bei den Zuständigkeiten nicht von einer Theorie des Bundesstaates oder Staatenbundes ausgehen müsse, die nun 200 Jahre alt und nicht viel bedeutete, sondern praktisch von den Einzelheiten. Daß der Bereich des Wirtschaftlichen zum Bunde gehört, war allen klar. Ich erweiterte auf Handels-, See-, Wechselrecht und Zivilrecht, auch Strafrecht. Juristisch: Verwaltung Ländersache. Finanzen: Ich weise darauf hin, daß die Ausgaben des Bundes groß sein würden wegen der Kriegsfolgelasten, daß es unbedingt notwendig sei, daß der das Geld beschaffe, der es ausgabe, also weder Matrikularbeiträge noch Rücküberweisungen. In bezug auf die Finanzverwaltung wiesen schon Amerikaner darauf hin, soviel ich mich erinnere Brecht mit seiner starken deutschen Erfahrung, daß die Veranlagung sehr verschieden gehandhabt werden könne und werde, je nach landwirtschaftlichen oder industriellen Interessen. Er sagte, in USA sei eine doppelte Finanzverwaltung. Jeder verwalte seine Steuern selbst. Das ist aber sehr teuer.¹¹¹

Nachher Essen in der Militärregierung. Ich saß neben Noble, der mich dringendst bat, wenn ich wieder in Wiesbaden sei, mit ihm zu dinnern. Ich hatte den Eindruck, als wolle er sehr bald über irgendwelche Fragen meine Meinung hören. – Dann in Nieder-Olm Kirschen, in Mainz Wein geholt. Gespräch mit Rückert und Falck über Zugehörigkeit Rheinhessens zu uns. Sie wußten von den badischen Bestrebungen, ganz Baden französisch besetzen zu lassen, um die Einheit des Landes wieder herzustellen, nichts. – Vorlesung in Frankfurt. Ich erzählte direkt von der Konferenz

¹¹¹ Die von Brecht geleitete 5köpfige internationale Expertengruppe sollte die mögliche föderale Neugestaltung mit deutschen Kreisen besprechen. Französisches Mitglied war – nach Brecht – Lazare Kopelmanas. Vgl. Arnold Brecht, *Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen* – Zweite Hälfte 1927–1967, Stuttgart 1967, S.357.

am Morgen und besprach alle damit zusammenhängenden Probleme. – Dann Gespräch mit Sauer mann, der sehr scharf sich äußerte über die verfahrenen Universitätsverhältnisse und den Mangel an politischem Fingerspitzengefühl. Man will Böhm zum Rektor machen. Da er geschäftsunfähig ist, wäre das blödsinnig. Man will es nur als Demonstration für die Selbstverwaltung. – Dann bei Fraenkel, der für die Verwaltung die extremen Selbstverwaltungsideen vertrat, im Anschluß an das Gespräch mit Lambert. Halbtot zu Hause angekommen.

Donnerstag, 17. Juni 1948

Langes Gespräch mit Mesmer über Universitätsfragen. Er billigte alle meine Anschauungen außer der scharfen Äußerung gegen die Mitläufer, deren Zusammenhang aus der politischen Atmosphäre heraus ich ihm erklärte. – Mit Walk und Ahl über die Betriebsferien gesprochen, die jetzt vielfach ausgebrochen sind. Gesetzliche Handhaben haben wir keine. Aber wenn die Währungsreform nicht bald kommt, gibt es chaotische Zustände. Es dauert schon zu lange. – Mit Holtz die Unterbringung des Instituts für akustischen und optischen Unterricht besprochen. Ich bin absolut dagegen, daß man Privatgebäude benutzt, und absolut dafür, daß man die staatlichen Gebäude benutzt.

Freitag, 18. Juni 1948

Sitzung wegen Unterbringung des bizonalen Instituts zur Förderung des akustischen und optischen Unterrichts. Die möchte man haben. Wir schlugen den alten Main-Neckar-Bahnhof vor, wo die jüdische Fachschule wahrscheinlich überdies bald hinauszieht.¹¹² Zwischenunterbringung auch möglich. Das schwierigste wird es sein, die Familien hier unterzubringen. Die Stadt saß wieder dabei, ohne sich richtig zu äußern. – Nachmittags Sitzung in Wiesbaden Wagner-Koch. Wir erklären uns für zuständig. Koch scheint Rückhalt in Hannover suchen zu wollen. Wir stellen fest, daß Hannover ihn, aber nicht die Gegenseite informiert hat. – Bei Greiner Kaffee getrunken. – In der Staatskanzlei guten gebackenen Fisch gegessen, dann Hauptausschuß. Ich hatte vorher verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht, die eingehend besprochen wurden. Zum Sachlichen brachte ich den Abschnitt über die Gaststätten ein. Das war vergessen worden. Schreckliche Schwüle im Saal. Um 8 hören wir die Verkündigung

¹¹² Die von Samuel Batalion in Zusammenarbeit mit der neubegründeten jüdischen Gemeinde eingerichtete Fachschule organisierte Fortbildungskurse für jüngere jüdische D.P.s zur Vorbereitung auf die Auswanderung.

im Radio.¹¹³ Knothe sagte mir, er habe mich als ersten für den zukünftigen Verfassungsausschuß oder so vorgeschlagen.¹¹⁴ Ich sprach mit Knothe auch über die Neugliederung der Länder. Rheinhessen, Pfalz, Nordbaden, wies stark auf Aschaffenburg.¹¹⁵ Parteileute von drüben waren schon bei Knothe.

Samstag, 19. Juni 1948

Morgens Boll wegen Währungsreform. Wir können keine eigene Stelle aufmachen. Es wäre zu umständlich zu verrechnen. Bereitschaftsdienst für Sonntag eingerichtet. Eine Stunde in der Stadt; die Verordnung wirkt sich gut aus. Die meisten Geschäfte offen, einige, die geschlossen waren, öffnen noch, weil ihnen die Verordnung noch nicht bekanntgeworden war. Zwei Bäckereien zwangsgeöffnet, ein Fahrradgeschäft. Im Kaufhof toller Betrieb. Es wird noch aller Schund gekauft. Der Geschäftsführer sagte mir, daß sie gestern eine Kasse von RM 9000, gehabt haben. Er habe jetzt schon Angebote, z. B. Anzüge in Kommission zu übernehmen nach der Währungsreform, und meint, daß sicher ziemlich viel Ware herauskommen werde.

Samstagnachmittag nach Roßdorf, Gundernhausen, Groß-Umstadt, Dieburg um zu sehen, ob die Geschäfte wirklich offengehalten werden. In den kleineren Orten hatte man ersichtlich den Begriff „allgemeiner Bedarf“ nicht klar erfaßt, weswegen z. B. Textilgeschäfte vielfach nicht offen waren.¹¹⁶ Ich hatte in der Sitzung des Hauptausschusses diese allzu formelhaften Ausdrücke beanstandet; man war aber darüber hinweggegangen. Ich hatte offenbar doch recht.

Sonntag, 20. Juni 1948

Sonntags zuerst Gisela zu unserer Umtauschstelle – Finanzamt – gefahren. Alles ruhig und ordentlich. Während ich noch mit einigen Leuten sprach,

¹¹³ Die Bekanntgabe der Währungsreform. Dazu die vorher diskutierte „Verordnung zur Beseitigung ungewöhnlicher Notstände anläßlich der Währungsreform“, nach der auch die Gaststätten am 20.6. geöffnet sein mußten, in: LT-Drucks. I, Nr. 819; Beschluß-Protokoll Hauptausschuß 18.6.1948 in: AHLT.

¹¹⁴ Der Parlamentarische Rat trat am 1.9.1949 zusammen; außer B. wurden für die hessische SPD Zinn und Hoch in die verfassungsberatende Versammlung gewählt.

¹¹⁵ Dazu bereits B.s Aufzeichnung über die Frankreich-Reise Ende 1946 mit Anm. 325/1946.

¹¹⁶ In der in Anm. 113/1948 zitierten Verordnung hieß es, daß „alle der Versorgung der Bevölkerung dienenden Betriebe des Groß- und Einzelhandels am 19.6. von 8 bis 18 Uhr“ und an den Folgetagen zu den üblichen Geschäftszeiten geöffnet sein mußten.

kam sie schon dran. – Auf dem Amt, wo ich etwa um ¼10 eintraf, war gar nichts los. Wir unterhielten uns über die wirtschaftlichen Folgen, wie jeder Einzelne sie sah. – Nachmittags Arheilgen, Langen, Sprendlingen, Offenbach. Alles wickelte sich gut ab.

Montag, 21. Juni 1948

Morgens mit Walk und Holtz die Unterbringung unserer Behörden und neu hinzukommender Behörden besprochen. – Kolleg. – Abends Bergengruen, Novelle hübsch, Gedichte teils. Anschließend Rote-Kreuz-Gäste, sehr angeregte Unterhaltung.

Dienstag, 22. Juni 1948

Benner schwer klagend¹¹⁷. – Nachmittags Fraktion.

Mittwoch, 23. Juni 1948

Morgens Landtag. Gute Rede von Hilpert.¹¹⁸ – Nachmittagssitzung verschlafen. 6 Uhr Fraktion. Stock berichtet über die neue Wirtschaftsordnung. Wir sind alle sehr mit ihm übereinstimmend, daß offenbar zu viel kapitalistische freie Wirtschaft. Genaues kommt erst Freitag, deswegen Sonderfraktionssitzung am nächsten Freitag. Er spricht auch über die Verfassungsmacherei, und ich sage ihm, daß ich in den Experten-Ausschuß möchte. Dazwischen ein Stündchen in der Stadt spazieren. Reich ausgestattete Schaufenster. Viel Volk auf der Straße, das sich die anguckt. Sehr wertvolle Sachen. In einer Markenhandlung altes Südafrika, England etc. etc. Amizigaretten –,30 das Stück.

Donnerstag, 24. Juni 1948

Der neue Landrat [Neumann, d.i. Nowara] und der neue [Ober-]Bürgermeister [Engler] von Gießen besprechen ihre Einführung. Sie tun freundlich und ergeben.

¹¹⁷ Der Gießener Kreistag hatte mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP (insgesamt 22) für Bürgermeister Johannes Neumann als Nachfolger des seitherigen Landrats Benner votiert, der nur die 16 Stimmen der SPD bekam; die SPD kam auch bei den übrigen Wahlen zum 1. und 2. Kreisdeputierten und zum Kreisamtmann nicht zum Zuge. Für Neumann-Nowara vgl. Anm. 139/1948.

¹¹⁸ 42. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1455. Finanzminister Hilpert gab eine Erklärung zur großen Anfrage der KPD vom 12.5.1948 (LT-Drucks. I, Nr. 786) über die damals verdichteten Gerüchte um eine Währungsreform, die inzwischen durchgeführt war.

Freitag, 25. Juni 1948

Im Innenministerium Unterhaltung mit Mr. Thomas, MP, über innere Verwaltung und Beamte in Vertretungskörperschaften. Dann bei Wagner, der mir einen Brief an Brentano über Koalitionsverhandlungen zeigte¹¹⁹ und der mir sagte, meine Beteiligung an der westdeutschen Verfassungsarbeit sei selbstverständlich, ebenso vorher Zinnkann.

Samstag, 26. Juni 1948

In mehreren Geschäften. Nach dem Gang der Dinge gefragt. Man war überall durchaus zufrieden. Olitzsch sagte, er fahre demnächst nach Weiden, um Porzellan zu kaufen. Er könne aufgrund seiner reichlichen Tageskasse bar bezahlen. Schütte hat Angebot von Damenkleidern und allerlei anderen Sachen, ist auch zufrieden. Bei Richter geht das Geschäft laufend, vor allen Dingen Küchensachen werden gut gekauft. Er ist in der angenehmen Lage, daß er keinen Schund abzustoßen braucht. Wenn es so weitergeht, ist in diesen Branchen mit Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen, im Gegenteil mit gesteigerter Produktion. Morgens auf dem Markt geradezu das alte friedensmäßige Bild. Die Griesheimer waren wieder da, es gab sehr vielerlei, auch Himbeeren, Johannisbeeren. Um ½1 noch einmal hin, im großen und ganzen geräumt, nur noch gelbe Rüben, Rettiche, gebündelte Suppenkräuter. Die Bevölkerung ist über diese Entwicklung durchaus zufrieden und freut sich, daß sie den Bauern gegenüber jetzt wieder ihre Unabhängigkeit und ihren Qualitätssinn zeigen kann.

Montag, 28. Juni 1948

Vormittags Besprechung über Entlassung. Blitzableitungs-Ausschuß gebildet. – Hendlmeyer. Es ist sehr erfreulich, daß das Institut für Fernmeldewesen seine Leute zunächst in Seeheim unterbringen kann. – Mandt von der Wahl erzählend, große Ungeschicklichkeiten der SPD. Er behauptet, Schücking sei sehr belastet. Ich kann mir das bei dem Sohn des alten Walther Schücking kaum vorstellen.¹²⁰ – Nachmittags 6–8 Cocktail-Party bei Konsul Hochstrasser zu dessen Abschied. Frankfurt wird Generalkonsulat und als politischer Posten betrachtet und mit einem Legationsrat besetzt.

¹¹⁹ StA-DA, O 27 NL Stock 1: Wagner an Brentano, 24.6.1948; Wagner wertete den Ausgang der Landratswahlen in Hessen als schwere Belastung für die Wiesbadener Regierungskoalition; entgegen der in Anm. 96/1948 referierten Vereinbarung stellte die SPD nun landesweit nur 13, die CDU immerhin 19 und die LDP 7 Landräte.

¹²⁰ Vater des in Lauterbach mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP zum neuen Landrat gewählten Christoph Schücking war der Marburger Jurist und Reichstagsabgeordnete (DDP) Walther Schücking.

Schlange-Schöningen getroffen, der mir beim Abschied sagte, wenn ich ihn brauche, worauf ich ihm sofort die Patentamtssache vortrug. Er ist ohnehin dafür. Die Schweizer glauben alle nicht an Krieg. Sie sehen die Frage der Deutschen Mark und ihre Stabilität mit Recht außenwirtschaftlich.

Dienstag, 29. Juni 1948

11 Uhr in Wiesbaden, Innenministerium. Lange Besprechung über Bestätigung von Mitläufern als Bürgermeister, Beigeordnete etc.¹²¹ Auch andere Wahlfragen. Der neue Kommunalreferent Dr. Buch macht einen guten Eindruck. Alle Schwierigkeiten kommen daher, daß Dr. Berger schlampige Gesetze machte, die sich widersprachen. Frage Landrat Dr. Schücking konnte ich mit der Militärregierung nicht besprechen. Frage Dr. Mildner, Alsfeld, wurde mir gesagt, daß er verhaftet werde, was inzwischen geschehen ist.¹²² – Nachmittags Uebel in seine beiden neuen Ämter eingeführt.¹²³ – Um 6 Uhr Studentenversammlung in der Hochschule. Sie verlief sehr nett mit viel Lustigkeit dazwischen trotz der ernsten Situation. Die Studenten waren sich darüber klar, daß Selbsthilfe das beste sei, und sind durchaus willig. Rektor Mesmer sehr geschickt und schlagfertig. – Abends Club. Nette Unterhaltung mit einem neu gekommenen Amerikaner deutscher Abkunft; sehr verständig über allerlei gesprochen. Es ist halt doch eine nützliche Einrichtung. Es wurde erzählt, daß Clay die Offiziere sehr stark beeinflußt mitzumachen.

Mittwoch, 30. Juni 1948

Einführung von Oberbürgermeister und Landrat in Gießen. Würdiger Akt. Dr. Engler sprach gut, macht einen ausgezeichneten Eindruck. Landrat Neumann sprach schlecht, eigentlich nur Gequatsche, macht einen

¹²¹ Nach § 14 (3) des Gemeindewahlgesetzes vom 11.2.1948 (GVbl 1948, S.27) konnten als Bürgermeister und Beigeordnete gewählte Mitläufer ihr Amt nur mit Genehmigung des Innenministers übernehmen. Die entsprechenden Anträge der Gemeinden, zu denen Landrat und Regierungspräsident eingehend Stellung nehmen mußten, wurden im Innenministerium von einem dreiköpfigen Ausschuß geprüft. Insgesamt wurden 1520 Bestätigungsanträge gestellt.

¹²² Gegen den mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP zum Landrat in Alsfeld gewählten Dr. Kurt Mildner, der als Entlasteter eingestuft worden war, wurde ein neues Entnazifizierungsverfahren eingeleitet. Die Vorwürfe stellten sich als unbegründet heraus.

¹²³ Uebel war zum beamteten Mitglied beim Verwaltungsgericht ernannt worden. Gleichzeitig übernahm er kommissarisch die Dienstgeschäfte des Präsidenten der Hessischen Brandversicherungskammer und des Direktors des Oberversicherungsamtes beim Regierungspräsidenten in Darmstadt.

schlechten Eindruck. Beim Mittagessen zwischen dem alten und dem neuen Oberbürgermeister¹²⁴, die sich beide sehr gut vertragen. – Dann in Frankfurt mit Gerloff gesprochen, der mir den Bürstenabzug einer Broschüre über Finanzprobleme des Bundesstaates überreichte, die er auf meine seinerzeitige Anregung hin geschrieben hat.¹²⁵ Er will mir ein Gutachten über Einzelheiten besorgen. – Vorlesung über Südafrika, Empire etc.

Donnerstag, 1. Juli 1948

Landrat Schücking. Die Militärregierung wird keinen Einspruch erheben, was mich auch bei der Herkunft des Herrn Schücking gewundert hätte. Er macht einen guten und lebendigen Eindruck. Wir verabredeten die Einführung.

Freitag, 2. Juli 1948

Ersten Artikel für das „Echo“ und den Nordwestdeutschen Rundfunk über die Verfassungsfragen geschrieben.¹²⁶ – Gemeinderatsmitglieder einer oberhessischen Gemeinde wegen Fragen der gemeinsamen Bürgermeisterei. Sie müssen sich noch gedulden.

Samstag, 3. Juli 1948

Zweiten Artikel für „Echo“ und NWDR über das Besatzungsstatut.¹²⁷ Ziemlich scharf. Dann zur amerikanischen Bibliothek, Literatur über die

¹²⁴ Vorgänger Englers als Oberbürgermeister war Albin Mann.

¹²⁵ Wilhelm Gerloff, Die Finanzgewalt im Bundesstaat, Frankfurt 1948.

¹²⁶ „Darmstädter Echo“ 3.7.1948 (Werdender Weststaat). B.s Artikel befaßte sich mit dem ersten der Frankfurter Dokumente (vgl. Anm. 129). Er wertete es als „Fortschritt gegenüber der Zeit unmittelbar nach der Kapitulation insoweit, als in Frankreich einmal starke Strömungen auf Zerschlagung Deutschlands bestanden haben. Auch in einem zweiten Punkt hat Frankreich nachgegeben. Die Idee eines losen Staatenbundes wurde fallen gelassen“. Für die in Aussicht gestellte verfassungsberatende Versammlung hielt er zwar grundsätzlich die direkte Wahl für die demokratischere Form, favorisierte aber aus pragmatischen Gründen die Wahl durch Landtage. „Sieht man die Dinge so an, wird man sich sagen, daß der werdende Weststaat, wenn auch nur ein Provisorium, so doch ein Schritt weiter zur Festigung der deutschen Verhältnisse ist, und wird trotz dieser oder jener Vorbehalte, die man vor allen Dingen dem dritten Dokument gegenüber machen muß, überzeugt sein, daß auch dies ein Stück des Weges ist, der zu höheren Formen führt.“

¹²⁷ „Darmstädter Echo“ 6.7.1948 (Wesen und Wert des Besatzungsstatuts). Hier setzte sich B. mit dem in Dokument 3 angekündigten Besatzungsstatut auseinander; er erkannte das Recht der Alliierten auf weitere Kontrollen der Wirtschaft (Ruhrbe-

UN geholt, die ich am Sonntag durchstudierte, speziell die Bestimmungen über die Treuhänderschaft über Staatsgebiete. Man kann daraus allerlei Argumente holen, daß es so, wie die Herren Militärbefehlshaber wollen, nicht geht.

Montag, 5. Juli 1948

Skraup stellt mir einen Leipziger vor, Rechtsanwalt, den er zum Verwaltungsdirektor machen möchte, ich aber nicht. Ich spreche mit Viehweg über einen anderen, hiesigen. – Haushaltsausschuß und Kulturpolitischer Ausschuß.¹²⁸ Auch über die Studentennot. Mit Wagner, Apel die aktuelle Frage besprochen. Abends Brentano bei mir. Seltsame Übereinstimmung bis in alle Einzelheiten hinein. Man muß ausgehen von Dokument 3, das man ihnen strikt ablehnen muß und ablehnen kann, da die drei Mächte die Verfassung brauchen. Wie unsinnig 3 ist, geht aus 2 hervor. All das bleibt hinter dem zurück, was die Charta der UN für die Treuhänderschaft fordert.¹²⁹ Man soll sagen, Verfassungsausschuß, nicht Verfassungsgebende Versammlung. Das Provisorische unterstreichen, deswegen auch keinen Staatspräsidenten, sondern eher Kanzler und Vizekanzler, so daß

hörde, Reparationen, Dekartellisierung) grundsätzlich an, hielt aber eine weitere Kontrolle des Außenhandels für überflüssig und diskriminierend: „Hier liegt überhaupt der Angelpunkt. Demokratie ist Regierung durch das Volk, nach dem Willen des Volkes. Man kann ein Volk nicht mit demokratischen Einrichtungen vertraut machen und zur Demokratie erziehen, wenn man diesen demokratischen Willen hindert, sich frei auszuwirken“. Die im Besatzungsstatut vorbehaltenen, nicht klar definierten alliierten Einspruchsrechte bei der Gesetzgebung wertete Bergsträsser als Eingriffe in die Souveränität und innere deutsche Angelegenheiten: „Das ist ein unmöglicher Zustand. Die Verfassung und die Regierung würden dadurch zu einer Farce... Ein Besatzungsstatut, das nicht Klarheit der Zuständigkeiten schafft, hat keinen Wert. Im Gegenteil, wenn es auch richtig ist, daß das Besatzungsstatut seinem Wesen nach, da es der Besatzungsmacht Grenzen zieht, nur von ihr selbst erlassen werden kann, denn Deutschland ist noch nicht völkerrechtliches Subjekt, also noch nicht Vertragsfähig, so sollte man doch darauf bedacht sein, für die Auslegung dieses Statuts eine objektive Instanz zu schaffen, Das wäre möglich etwa in der Form eines Schiedsgerichts unter dem Vorsitz eines Neutralen.“

¹²⁸ Beschluß-Protokoll in: AHLT.

¹²⁹ Am 1.7.1948 hatten die westalliierten Militärgouverneure die drei Frankfurter Dokumente an die westdeutschen Länderchefs übergeben. Dok. 1 enthielt Bestimmungen zur Ausarbeitung einer westdeutschen Verfassung. Das von B. hier angesprochene Dok. 3 skizzierte die Grundzüge eines Besatzungsstatuts, in dem sich die Alliierten auch nach der Gründung eines westdeutschen Staates Rechte vor allem im außen- und außenhandelspolitischen Bereich sicherten. Dok. 2 erlaubte eine Neugliederung der Länder. Text der Dokumente in: Parl. Rat 1, S. 30; dort auch eine eingehende Analyse des Deutschen Büros für Friedensfragen, S. 37; vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 161. Die Charta der UN u. a. in: Europa-Archiv 1947, S. 345; vgl. vor allem die Kapitel XI bis XIII über die Treuhandschaft.

der eine die Arbeit schafft und der andere die Repräsentation macht einschließlich Sprechminister. Föderalistische Form erscheint uns beiden tragbar. Dazwischen zeigte ich ihm Flugschriften, die er bibliophil beschnoberte. Wenn wir beide allein die Sache zu machen hätten, täten wir uns schnell einigen.

Dienstag, 6. Juli 1948

In Frankfurt über das Mittagessen mit Apel die ganzen Probleme der drei Dokumente durchgesprochen. Sehr weitgehende Übereinstimmung. Wir verabreden auch gemeinsames Vorgehen in der Fraktion und durch ihn beim Ministerpräsidenten. – Nachmittags Fraktion. Ich halte eine größere Rede im Sinne meines zweiten Artikels im „Echo“; meine Ausführungen werden sehr beachtet und finden Widerhall in der Fraktion. Ich habe nachher und den nächsten Tag den Eindruck, daß, wenn indirekt gewählt wird, die Fraktion mich als ersten für den neuen Verfassungsrat vorschlagen wird. Abends Rede von Hilpert im Haushaltsausschuß. Nicht nur klug, sondern auch sehr lebensnah.¹³⁰

Mittwoch, 7. Juli 1948

Morgens im Pendelverkehr im Rechtsausschuß und im Hauptausschuß. Im Hauptausschuß haben wir unter viel Lachen und boshaften Bemerkungen den Hessischen Löwen nun endgültig geboren. Ich stellte in Übereinstimmung mit den beteiligten Ministern die Anträge, die darauf hinzielten, das Gesetz in einer Form zu bringen, die allen heraldischen Finessen und Notwendigkeiten entspricht. Ich las all diese Anträge ab, da ich sie sonst nicht richtig hätte vorbringen können. – Nachmittags im Rechtsausschuß allgemeine Aussprache über das Staatsschutzgesetz. Ich vertrat die scharfe Linie und überdies die Auffassung, daß der persönliche Schutz aller im öffentlichen Leben stehenden Personen sehr betont werden müsse.¹³¹

Donnerstag, 8. Juli 1948

In Lauterbach Einführung des Landrats Schücking. Alles sprach sich sehr hübsch über den scheidenden Landrat Mandt aus. Ich hatte das auch in meiner Einführungsrede getan; überdies verschiedene besondere Pro-

¹³⁰ Beschluß-Protokoll in: AHLT.

¹³¹ AHLT: Beschluß- und Kurzprotokoll Hauptausschuß 7.7.1948 sowie Beschluß- und Kurzprotokoll Rechtsausschuß 7.7.1948.

bleme des Kreises erwähnt, Umstellung der Landwirtschaft, Notwendigkeit der Industrialisierung dieses Gebirgskreises mit kargem Boden, infolgedessen und damit Eingliederung der Neubürger, kulturelle Weiterbildung im Sinne von Mandt, und ich hatte betont, daß ein allzu großer Partikularismus – Anspielung auf Schlitz – nur dazu führe, daß man hinter der Zeit her bliebe, ebenso gesagt, daß eine Auflösung des Kreises mir untunlich erscheine. Dagegen gehöre Salzschlirf wohl sachlich zu diesem Kreis, und Alsfeld müsse über die alte Landesgrenze hinaus mit [Ziegenhain?] verbunden werden. – Nach dem kleinen Essen noch bei Mandt und seiner Frau. [...] Spät nach Hause. In Oberhessen steht noch Heu; es wäre nötig, daß der Regen aufhört. Hier bei uns steht das Getreide zum Teil reif in den Halmen; es wäre nötig, daß der Regen aufhört!

Freitag, 9. Juli 1948

Mit Dr. Boll über die Sparverordnung gesprochen. Es wird zu einer Umorganisation unserer Behörde führen.¹³² Mit Herrn Schultheiss, einem Schüler von Gerloff, darüber gesprochen, daß er Darlegungen über den Finanzausgleich zwischen dem zukünftigen Zentralstaat und den Ländern macht. Er machte darauf aufmerksam, daß die Stärke der Zentralfinanzen schon deswegen notwendig sei, weil von da aus die wirtschaftliche Planung gehe und abhängig sei. Vergleiche mit dem New Deal von Roosevelt.¹³³

¹³² Die „Erste Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Währung und öffentlichen Finanzen“ vom 7.7.1948 (GVbl 1948, S.86) legte fest, daß jede dritte freiwerdende Planstelle solange nicht mehr besetzt werden durfte, bis eine Verminderung der am 1.7. vorhandenen Zahl an Beamten und Angestellten der einzelnen Fachverwaltungen um 20% erreicht war. Bis zum 15.8. mußten die Landesbehörden dementsprechende Organisationspläne einreichen. Zusätzlich war das Personal bei einigen Sonderverwaltungen zu reduzieren, insbesondere bei den Bezirkswirtschaftsstellen, da nach der Währungsreform die Bewirtschaftung, vor allem für gewerbliche Erzeugnisse aufgehoben wurde. Die dritte Sparverordnung vom 21.12.1948 verlängerte die Sperrfrist für Einstellungen im öffentlichen Dienst bis zum 31.3.1949.

¹³³ Die vom amerikanischen Präsidenten im März 1933 begonnene Politik des „New Deal“ war das umfangreichste Gesetzgebungs- und Reformwerk in der amerikanischen Geschichte. Durch zentrale Planung und Lenkung sowie Investitionen der öffentlichen Hand bei grundsätzlicher Beibehaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems (in einer zweiten Phase durch ergänzende sozialpolitische Reformen) sollte die Weltwirtschaftskrise bewältigt werden. Konkret dachte B. möglicherweise an das 1935 verabschiedete Einkommenssteuergesetz, das zum einen eine Vermehrung der angespannten Staatsfinanzen und zum anderen eine Nivellierung des Eigentums durch gestaffelte Besteuerung bewirken sollte.

Samstag, 10. Juli 1948

Gießen – 700-Jahrfeier: Louise Schroeder wurde bei der Namensnennung vor und nach ihrer Rede enthusiastisch und demonstrativ begrüßt. Ich sprach über die Verfassungsprobleme, für die Hörer ersichtlich wirkungsvoll, nicht ganz zur eigenen Zufriedenheit.¹³⁴ Nachher netter Imbiß im Foyer. Mit vielen Leuten gesprochen. Altbürgermeister Keller machte mir große Komplimente wegen der juristischen Schärfe meiner Artikel. Hi, hi! Dazwischen die Kunstaussstellung angesehen; nicht viel Gutes. Schöne und originelle Holzschnitzerei, hübsche Gläser, schöner Schmuck. – Freitagabend Gespräch mit Kammer über den Lißberger Schulstreit.¹³⁵ Ich habe gleich gesagt, unsere Entscheidung müsse eingehalten werden wegen Staatsautorität. Samstag rief Kammer wieder an und sagte, der Minister teile diese Meinung.

Sonntag, 11. Juli 1948

Gespräch mit Kammer hierüber, über Personalabbau etc.

Montag, 12. Juli 1948

Nachmittags Fraktionssitzung Wiesbaden. Diskussion ohne besondere Bedeutung, da die Dokumente, d. h. die Antworten der Ministerpräsidenten, noch nicht vorlagen.¹³⁶ – Kolleg.

Dienstag, 13. Juli 1948

Plenarsitzung. Berichte von Stock und Hilpert, nachher Fraktionssitzung, in der ich als erster Redner bestimmt wurde, obwohl der Fraktionsvorstand Knothe und Apel vorgeschlagen hatte. Daraufhin weigerte sich Knothe, überhaupt zu sprechen. Er hatte eine ausgearbeitete Rede mitgebracht, die nun nicht mehr paßte. Mir nahm er es nicht übel, da ich mich gar nicht bemüht hatte. Ich hatte mit Witte verabredet, daß erst die Opposition, dann einer von uns, dann wieder eine Opposition, dann wieder einer von uns redete, und mit Brentano verabredete ich, daß er nach den Liberalen, ich nach den Kommunisten sprach. Ich sprach viel zur Sache nach meinen Artikeln etc. Bei der Erwähnung, daß kein Staatspräsident und keine Embleme, nickte Brentano. Ich polemisierte ziemlich gegen Os-

¹³⁴ Vgl. „Darmstädter Echo“ 13.7.1948 (Siebenhundert Jahre Stadt Gießen).

¹³⁵ Nicht ermittelt.

¹³⁶ Parl.Rat I, S.143–150: „Antwortnote der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure mit Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten“, 10.7.1948.

kar Müller, was angenehm bemerkt wurde.¹³⁷ Knothe hatte mir vorher gesagt, daß der Parteivorstand einstimmig die Fraktion gebeten habe, mich als ersten in den Verfassungsausschuß zu schicken. Stock sagte, er solle evtl. im Jagdschloß Rüdesheim tagen. – Dazwischen bei Hilpert das Geld für das Glasdach des Museums schnell erschlagen. – Abends noch sehr hübsches Gespräch mit dem gescheiten und lebendigen Arnoul, Fischer und Voos.

Donnerstag, 15. Juli 1948

Leitung des Instituts für Erdmessung aus Bamberg war da, um sich hier niederzulassen. Wir haben ihnen eine Kaserne bei Griesheim angeboten. Es scheint ihnen zu passen. – Bürgermeister Voss von Bad Nauheim macht sehr guten Eindruck. Ich hielt ihm eine Rede über die Probleme seiner Stadt und habe ihm sicher mit meinen Kenntnissen imponiert.

Freitag, 16. Juli 1948

Morgens mit Boll und Ahl über die Umorganisation in der Behörde gesprochen. Dann beim Landesernährungsamt. Die Aspekte werden freundlicher. Littmann macht einen sehr guten Eindruck. Er ist Landwirt, aber er kennt die Problematik der Landwirtschaft, d. h. ihre Zurückgebliebenheit als Folge der Schutzzölle. Ein Landwirt aus Limburg redete schutzzöllnerisch, obwohl er selbst Milchviehwirtschaft hat und unter den Schutzzöllen leidet. Typisch für die Verdummung.

Samstag, 17. Juli 1948

Bad Homburg, Wählergesellschaft. [...] Referat von Dolf Sternberger. Ich sprach länger dagegen mit spitzen Bemerkungen auf ihn, die er aber offenbar nicht verstand. Es fehlt ihm die praktische Ader. Typisches, deutsches philosophastrisches Theoretisieren. – Mittagessen mit Dr. Selbach und Dr. Wetzel, sehr nett. Dann kam Senator Dr. Heldmann, Bremen, dazu. Anregende Unterhaltung. Kluger Mann. – Nachher auf der Saalburg. Schau-rige Rekonstruktion à la Bodo Ebhard. Hübsche Kleinfunde im Museum. – Über Nauheim nach Hause. Frau Schäfer gute Ratschläge erteilt. – Abends „Cosi fan tutte“, demonstrativer Beifall für Lange. Es war seine letzte Vorstellung.

¹³⁷ 43. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1500; B. sprach zu der von Stock abgegebenen Erklärung über die Frankfurter Dokumente.

Sonntag, 18. Juli 1948

Gebiedermeiert.

Montag, 19. Juli 1948

Mit Stöcker einen Vortrag vor den Funktionären verabredet über Verfassungsfragen. Wir stimmten überein, daß die einmal etwas Vernünftiges hören müssen. – Mit Holtz über den verrückten Plan gesprochen, daß man ein VD-Lager für Mädchen ausgerechnet in eine Kaserne in die Rheinstraße legen will. Entsprechende Briefe an Zinnkann, Zinn, Paehler geschrieben.¹³⁸ Die Medizinalabteilung besteht aus lauter früheren Militärärzten, also Narren, die auf das Publikum keine Rücksicht nehmen. – Uebel wegen direkter Unterstellung des Oberversicherungsamtes. – Montag abend Zusammensein im größeren Kreis und Diskussion mit Sollmann, dem früheren SPD-Reichtagsabgeordneten und zeitweiligen Minister. Ich ging früher weg, da die Diskussion in Quatsch ausartete, sprach vorher über die Stellung der Jugend, protestierte dagegen, daß die evangelische Kirche ein Kämpfer gegen den Nationalsozialismus gewesen sei. Wir waren einig über die vielen Mißgriffe der Amerikaner, die aus Unkenntnis – nicht bösem Willen – entspringen, und die schlechte Haltung der Deutschen ihnen gegenüber. Im Privatgespräch am Dienstag wurde dies unterstrichen. Ich sagte besonders scharf, daß sie uns hindern, geistig zu demokratisieren. Er schrieb viel auf.

Dienstag, 20. Juli 1948

Bürgermeister [Schwabe] von Lindenfels will Versetzung eines Lehrers, um den alten, entnazifizierten wieder zu haben. Ich widerspreche. Er ist sonst verständig. Wir reden über die Kur.

Mittwoch, 21. Juli 1948

Einführung Landrat Dengler, Heppenheim. Ich spreche u. a. über Zukunft von Landwirtschaft und Industrie. Nachher Mittagessen mit sehr viel Wein. – Spätnachmittags bei der Allgemeinen Abteilung der TH zum Sommerabend.

¹³⁸ Die Briefe B.s über den Plan, ein Lager für Geschlechtskranke (VD = Venereal Disease) einzurichten, wurden nicht ermittelt.

Donnerstag, 22. Juli 1948

Fraktion in Marburg, Lastenausgleich. Meine Anregung wegen fahrender Habe wurde wirkungsvoll dadurch ergänzt, daß ein anderer darauf aufmerksam machte, daß die Schätzung leicht sei, wenn man sich an die Feuerversicherungspolice halte und evtl. Zwangsfeuerversicherung einführe. Dadurch ist den Gegnern der Idee das hauptsächliche Argument entwunden. – Nachher im soziologischen Institut in Marburg. Dazwischen Kaffeestündchen auf dem Balkon Klostermann. – Beim Abendessen in Gießen erfahre ich die Verhaftung des Landrats Neumann-Nowara, ließ mir den Polizeikommissar kommen und konnte am nächsten Tag gleich dem Minister authentisch berichten.¹³⁹

Freitag, 23. Juli 1948

Ministerialdirigent Becker, der die Sparmaßnahmen für den Kultusetat bearbeitet. Lange fruchtbare Unterhaltung. Er ist klug und wissenschaftsfreundlich. Er hielt die Wegnahme der höheren Schulen vom Regierungspräsidium für Blödsinn, die Pensionierung der 65jährigen ebenso. Er will sie rückgängig gemacht wissen. – Nachmittags Baracken auf der Ludwigshöhe besichtigt, dann Pilze gesucht.

Samstag, 24. Juli 1948

Große Sitzung im Lager über die Verteilung der Baracken etc. Nachmittags Zeitung gelesen.

Sonntag, 25. Juli 1948

Vormittags die Denkschrift über Organisation der Regierungspräsidenten einschl. der von Fries, Arnsberg¹⁴⁰, durchstudiert und während eines Spazierganges überdacht. – Nachmittags das moderne Konzert der Musikwoche. Wunderbares Cello-Solo von Professor Frank, Amsterdam. – Abends Empfang der Stadt. Mit Radigan und den Franzosen lange gesprochen.

¹³⁹ Der im Juni zum Landrat von Gießen-Land gewählte Nowara war unter dem falschen Namen Neumann mit entsprechend gefälschten Personalangaben schon seit April 1947 Bürgermeister in Gießen. Zur Wahl bereits Anm. 117/1948; vgl. „SPD-Mitteilungsblatt“ 30.7. und 6.8.1948; „Gießener Presse“ u.ö.

¹⁴⁰ StA-DA, O 24 NL Hesse 121/1: „Leitgedanken für die Beibehaltung der Mittelbehörden“ von Regierungspräsident Fries, Arnsberg.

Montag, 26. Juli 1948

Nachmittags lange Besprechung im Innenministerium: Organisation der Regierungspräsidenten. Meine beiden Vorschläge: 1. der Vizepräsident muß nicht Leiter der Abteilung I, sondern kann Leiter irgendeiner Abteilung sein, 2. alle technischen Angelegenheiten einschließlich des Bauwesens werden einem Regierungsdirektor unterstellt, wurden angenommen. – Montag abends sehr nettes Gespräch mit Ministerialdirigent Becker. Kluger, interessanter und angenehmer Mann. Bremer Patriziersohn.

Dienstag, 27. Juli 1948

Mit Schmidt, Offenbach, Verlagsangelegenheiten besprochen. – Nachmittags Fraktion. Viel Schererei und Telefonieren um die Neuwahl in Gießen-Land.¹⁴¹

Mittwoch, 28. Juli 1948

Plenarsitzung. Ich besuchte das Kultusministerium, das Staatsarchiv und versäumte eine namentliche Abstimmung.¹⁴² Auch bei Noble in der Militärregierung, wo ich mir die Zusammenstellung der Bundes-Konstitution holte. Es ist endgültig entschieden, daß ich als erster innerhalb der Fraktion für den Verfassungsausschuß vorgeschlagen werde. Leider kollidiert das mit der Europäischen Parlamentarischen Union in Interlaken¹⁴³, zu der mich die Fraktion auch wegen meiner Sprachkenntnisse schicken wollte, da Witte in seltsamer Klugheit sagte, er sei wegen seiner Sprachkenntnisse ungeeignet. – Nachmittags Verhandlung über den Fall Brill. Ich sprach scharf gegen den parfümierten Ladenschwengel Dr. Ilau, warnte den Minister, indem ich sagte, er müsse uns bei Besetzung von Lehrstühlen besonders berücksichtigen.¹⁴⁴ – Furchtbare Hitze!

¹⁴¹ Am 18.8.1948 wurde schließlich Alfred Dingeldey (CDU) mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP zum neuen Landrat gewählt.

¹⁴² 44. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1545. In der dritten Lesung über das Richterwahlgesetz (vgl. Anm. 31/1948) hatte die LDP, die an sich gegen die Bildung eines Richterwahlausschusses war, die namentliche Abstimmung über ihre Eingabe (LT-Drucks. I, Nr. 867) beantragt, den vom Rechtsausschuß gestrichenen § 19 der Regierungsvorlage (LT-Drucks. I, Nr. 566) wieder aufzunehmen. Im ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung waren auch die Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit dem Richterwahlausschuß unterworfen. Der Rechtsausschuß hatte die Arbeitsrichter ausgenommen. Bericht des Rechtsausschusses: LT-Drucks. II, Nr. 447. Der LDP-Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, das Gesetz verabschiedet.

¹⁴³ II. Kongreß der Europäischen Parlamentarier-Union vom 8.–11.9.1948, an dem B. wohl nicht teilgenommen hat.

¹⁴⁴ 44. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1575.

Donnerstag, 29. Juli 1948

Rechtsausschuß, Staatsschutzgesetz, interessante Diskussion.¹⁴⁵ – Nachmittags auf dem Amt, dann gebadet, dann Vortrag vor den Funktionären über Verfassung und Besatzungsstatut. Zuhörer trotz schwierigen Themas sehr aufmerksam.

Freitag bis Sonntag, 30. Juli bis 1. August 1948

Bürgermeister Graf [Bischofsheim] bringt eine Denkschrift über die Trennung von Mainz. Ich sage ihm, das ginge nicht, solange die jetzigen politischen Verhältnisse obwalten, worauf er sagte, er wolle auch nur seinen Standpunkt allgemein präzisieren. Er ist klug, verwaltungserfahren, aber doch einseitig. – Dr. Bayer bittet um vorläufige Beurlaubung, da er für einen Monat probeweise das Frankfurter Polizeivizepräsidium übernimmt. Bei Bewährung soll er es ganz behalten. Ich gewähre es natürlich. Holtz trägt erneut Unterbringungsfragen der Behörden vor.

Nachmittags Fahrt zu einem Wochenende mit Engländern auf Einladung von Mr. Birley, Leiter der Erziehungsabteilung der englischen Militärregierung. Wir sollen Verfassungsfragen diskutieren. Bei großer Hitze über Marburg-Korbach. In Arolsen Panne, Schloß besehen. In Paderborn zweite Panne, Dom besehen. Im Quellental gut zu Abend gegessen. Da besetzt, in Bielefeld sehr schön übernachtet. Frühstück mit Ei und Wurstbrotten ohne Marken. Bohnenkaffee. Daß es überall jetzt Bohnenkaffee gibt, ist eine große Erleichterung des Lebens. Severing und Frau Menzel am nächsten Morgen besucht. Da nicht da, Besuch in Steinhagen. Dann nach Rothenfelde und Hilter. Die Konferenz Samstag nachmittag/Sonntag morgen. Sonntag nachmittag unter Leitung eines Oxford Juristen, 73jähriger Herr, weiße Haare, rote Pausbäckchen, wie Pickwick Papers. Anwesend: Dr. Troeger; Magnifizenz Professor Raiser, Göttingen, klug mit politischem Sinn; Professor Peters, Berlin, klug mit weniger politischem Sinn. Ministerpräsident a. D. Steltzer hat in der Politik schlechte Erfahrungen gemacht, schimpft deswegen auf die Politik, will Sachverständige und Kommunalisierung.

Herr Bourdin, Herausgeber des „Kurier“, sprach wenig. Dr. Kogon, glänzender Kopf, anschaulich und leidenschaftlich sprechend. Gemisch von jüdisch-bayrisch, höchst originell. Die ganze Sache offenbar arrangiert, damit die englische Regierung unsere Meinungen kennenlernen. Die führenden Leute verhielten sich entsprechend. Meistbeteiligt: Kogon – Bergsträsser. Es war ein Fragebogen ausgearbeitet worden, den wir diskutierten. Diskussion in Deutsch, das auch der Oxford Professor, Herr O'Neill von der Frankfurter Stelle der englischen Militärregierung,

¹⁴⁵ Stenographisches Protokoll in: AHLT.

sprach. Birley selbst sprach englisch, verstand deutsch. Das äußere Drum und Dran ungemein angenehm. Interessanter Unterschied zwischen den Amerikanern und den doch mehr oder minder sehr europäischen Engländern, deren diskrete Form der Gastfreundschaft sehr reizvoll ist. Mr. Wint, der Stellvertreter von Birley, mit seiner Frau, die erst zwei Tage vorher angekommen war und mit der man sich besonders gut unterhalten konnte. Sie erzählte anschaulich von einer Reise nach Tibet. In einer Pause sah ich wunderschöne Reproduktionen moderner französischer Kunst durch. Montmartre, herrlich. Im Haus entdeckte ich einen Morgestern. Kleines Schwimmbad im Park, eifrig benutzt. Raiser fragte erstaunt, wie alt ich eigentlich sei.

Montag, 2. August 1948

Nach Osnabrück. Regierungspräsident [Petermann] und Vizepräsident [Moelle] abwesend. Mit einem Herrn ganz interessant gesprochen. In Steinhagen zu Mittag gegessen, in Paderborn die Tochter abgeholt. Furchtbarer Wolkenbruch, über Kassel und Autobahn zurück.

Dienstag, 3. August 1948

Dr. Naujoks jun. aus Tübingen, bleibt dort Assistent, will sich habilitieren, sieht gut aus, nicht wie sonst die russischen Heimkehrer. Es sei ihm auch im letzten Jahr ganz gut gegangen.

Mittwoch, 4. August 1948

Der Geschäftsführer der Adventisten-Vereinigung, Mr. Rose aus Amerika, kommt wegen des Adventisten-Geländes auf der Marienhöhe. Die Adventisten wollen die Baracken an uns abgeben, aber nicht auf dem Gelände behalten, das sie für Schul- und landwirtschaftliche Zwecke brauchen. Immerhin wären uns die Baracken nützlich. – Nachmittags bei Holtz die Pläne über den Neuaufbau von Gießen angesehen. Der von Grund und der von einem Karlsruher Architekten sind irrsinnig, weil sie ohne jede Rücksicht auf das Bestehende neue Straßen ziehen wollen und sogar eine ganze Anzahl noch vorhandener Häuser abreißen. Die Baubehörde hat einen sehr hübschen Plan gemacht, der die Stadt verkehrsmäßig verbessert, ohne etwas zu zerstören, außer ein paar Schuppen.

Donnerstag, 5. August 1948

Härtung sucht meine Entscheidung nach betr. einer Zuwendung an Ministerialrat Hoffmann und erzählt mir dabei, daß Brill als KZler eine Son-

derunterstützung bekommen hat für eine Kur, trotz der Höhe seines Gehaltes. – Fraktion in Alsfeld. Stock sagt mir, daß ich pensioniert werde.¹⁴⁶ Ich soll noch einen Lehrauftrag in Frankfurt kriegen. Wahl in den Verfassungsrat endgültig. Ebenso bin ich für Interlaken – Zusammenkunft (Europäischer Parlamentarier) – vorgeschlagen. Es ist die Frage, ob beides zeitlich vereinbar ist. Ich täte es sehr gern. – Auf der Rückfahrt in Grünberg langes Gespräch mit Duderstadt über die wirtschaftliche Lage. Auch er sieht große Preissteigerungen und damit verbunden soziale Auseinandersetzungen kommen. Er sagt, die Amerikaner unterbieten mit ihrer Ware gerade in Textilien die deutsche Fabrikation, und das könnte zu Stilllegungen führen. Die Sache ist mir nicht ganz erfindlich, ob das auf Dauer oder nur temporär durch die StEG sein soll. [...] ¹⁴⁷

Freitag, 6. August 1948

Brentano besuchte mich. Ich sprach mit ihm über meine Pensionierung und etwaige Übernahme von Nauheim, die er als seine Idee Hilpert suggerieren will. Wir sprachen noch über die zukünftige Verfassung, wo wir die Notwendigkeit der Kompromißlösung wie bei der Hessischen Verfassung beide betonten. – Dann Mr. Elam aus Frankfurt, Mitglied der englischen Militärregierungskommission. Er rückte mit einem Fragebogen an über Wirtschaftsrat, deutsche und fremde Verantwortlichkeit, parlamentarischen Beirat etc. Ich sagte ihm, es sei hauptsächlich wichtig, die Kompetenzen klar herauszuarbeiten, da anders nicht erreicht werden könne, daß die deutsche Regierung Ansehen im Volk bekommt. Der Wirtschaftsrat habe gar keines, weswegen ich auch gegen Frankfurt als Sitz des Parlamentarischen Rates sei. Das spätere Parlament könne in Frankfurt sitzen, aber nicht im Börsensaal, sondern in der Paulskirche. Dem stimmte er geradezu enthusiastisch zu. Die äußere Umgebung sei bedeutungsvoll. Ich betonte, daß jede Einmischung der anderen in deutsche Regierungsangele-

¹⁴⁶ B. wurde am 31. 8. 1948 pensioniert; neuer Regierungspräsident wurde Albert Wagner.

¹⁴⁷ Eine der Aufgaben der Staatlichen Erfassungsstelle für öffentliches Gut (StEG) war die Übernahme und Verwaltung von überschüssigem amerikanischen Heeresmaterial. Das sogen. „Amerika-Geschäft“ wurde zunächst bis zur Währungsreform per Zuteilungsverfahren geregelt. Mit dem Abbau von Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften erfolgte der Verkauf am freien Markt, u. a. von Konsumgütern, vor allem Textilien aus Reservelagern der USA. Dies bewirkte einen Preisverfall bei Textilien. Vgl. Vogel, Westdeutschland II, S. 55 und S. 70.

genheiten schädigend sei, und verwies darauf, daß wir jetzt als Lehrmittel auch Bleistifte und Gummis unseren Kindern zur Verfügung stellen müssen.¹⁴⁸

¹⁴⁸ Anspielung auf die Anordnung der Militärregierung vom 29.4.1948, daß nicht nur Schulbücher, sondern auch Schreibmaterialien im Rahmen der Lernmittelfreiheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müßten. Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 10: Kurzprotokoll Haushaltsausschuß (21er-Ausschuß), 1.6.1948; auch AHLT: Kurzprotokoll über die gemeinsame Sitzung von Kulturpolitischem und Haushaltsausschuß, 27.7.1948.